

KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 8 – November-Dezember 2013
2 Euro / 4 CHF – Solipreis: 4 Euro / 8 CHF

Radikale Linke

Welche Umgruppierung der Linken und ArbeiterInnen brauchen wir?

US-Imperialismus

Die Krise in Syrien legt den Niedergang der US-Hegemonie offen

Festung Europa

Die Tragödie ist Alltag der imperialistischen Politik Deutschlands

Ein Traumpaar?

Die CDU und die SPD bilden eine Große Koalition der Heuchelei. Sie versprechen einen Mindestlohn, aber bereiten weitere Attacken auf den Lebensstandard der Menschen in Deutschland und Europa vor. Was dagegen tun?



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale



Nein zu Transphobie in Chile!



aktuelle Artikel auf klassegegenklasse.org

Refugees im Hungerstreik



Seite 12

Streiks im Einzelhandel



Seite 15

Wahlen in Argentinien



Seite 18

LehrerInnenproteste in Mexiko



Seite 26

Klasse Gegen Klasse: Nummer 8, November-Dezember 2013; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Wladek Flakin, Peter Robe, K.A. Stern, Friedrich Jäger, Baran Serhad, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Juan Chingo, Chucho Kahl, Max Karlmann, Markus Oliver; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 8

Editorial: Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!

Seite 3

DEUTSCHLAND

Große Koalition der Heuchelei

Seite 4

Die Linkspartei an die Regierung?

Seite 6

Kampfplan statt Resignation!

Seite 7

Jugendliche organisieren sich

Seite 9

Wie im Mittelalter...

Seite 10

Im Schatten des Imperialismus

Seite 12

Einzelhandel: Streik muss gewonnen werden

Seite 15

Welche Einheit brauchen wir?

Seite 16

SCHWERPUNKT: ARGENTINIEN

1.200.000 Stimmen

Seite 18

INTERNATIONAL

Das syrische Labyrinth

Seite 22

Mexiko: LehrerInnen als Avantgarde

Seite 26



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

www.ft-ci.org

Argentinien

Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko

Liga de Trabajadores por el Socialismo –
Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien

Liga Obrera Revolucionaria
por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien

Liga Estratégia Revolucionaria –
Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile

Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.pttr.cl

Venezuela

Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica

Liga de la Revolución Socialista
lrcostarica.blogspot.com

Uruguay

Gruppe der FT-CI
debatemilitante.blogspot.com

Spanischer Staat

Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich

Mitglieder in der Courant Communiste
Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland

Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

von der Redaktion

Dieser Tage befindet sich Deutschland in einer widersprüchlichen Situation. Während das Bundestagswahlergebnis Konservatismus und Stabilität suggeriert, gestalten sich die Koalitionsverhandlungen ungewöhnlich konfliktreich. Mit einer übermächtig scheinenden CDU bewegt sich die SPD rhetorisch nach links. Ohne FDP im Parlament befürchten die Sprachrohre der herrschende Klasse in Deutschland eine Verlangsamung des Klassenkampfes von oben.

Doch gleichzeitig sind soziale Angriffe in Deutschland, und noch viel mehr in Europa, nicht weniger geworden. Aber ob Kämpfe gegen die Auflösung von Tarifverträgen wie im Einzelhandel, gegen die Wohnungsnot oder für die Rechte von Geflüchteten: Die Betroffenen beginnen sich auch hier in Deutschland zu wehren, und die deutsche Linke hat eigentlich viel zu tun, ganz zu schweigen von den Aufgaben auf internationaler Ebene. Leider bleibt sie stattdessen in Routine gefangen.

Weltweit haben die Widersprüche der kapitalistischen Krise, für die die Herrschenden mehr als fünf Jahre nach ihrem Beginn weiterhin keine Lösung gefunden haben, jedoch eine neue Etappe des Klassenkampfes eingeläutet. Dies stellt RevolutionärInnen auf der ganzen Welt vor die Herausforderung, eine Politik zu entwickeln, die den Massen im Kampf eine glaubwürdige Alternative bieten kann. Doch sehen wir, dass die Mehrheit der radikalen Linken weltweit einen einfachen Anschluss an Phänomene des Linksreformismus wie die griechische Syriza, die deutsche Linkspartei oder andere Vermittlungsinstanzen sucht, anstatt mit einer revolutionären Strategie die kommenden Kämpfe vorzubereiten.

Einen Beweis dafür, dass es auch anders möglich ist, Massensektoren anzuziehen, hat die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien vorgelegt. Die FIT, die unsere argentinische Schwesterorganisation, die Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS), mit zwei anderen trotzkistischen Organisationen bildet, bekam knapp 1,2 Millionen Stimmen bei den Parlamentswahlen im Oktober – und das nicht etwa mit einem Wahlkampf voll programmatischer Zurückhaltung, um die Massen nicht zu „verschrecken“, sondern mit der Betonung von Klassenunabhängigkeit, Selbstorganisation, Revolution und Sozialismus. Obwohl in Argentinien eine – gemessen an den sozialen Verwerfungen zu Beginn der 2000er – relative politische Ruhe herrscht, konnte die FIT aufzeigen, dass es nicht notwendig ist, zentrale Achsen des revolutionären Programms wie die Diktatur des Proletariats über Bord zu werfen, um aus dem Stadium einer unbedeutenden Sekte ohne Einfluss im Klassenkampf herauszutreten.

Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!

Widersprüche oben ausnutzen, aus der Routine ausbrechen, Strategie für den Sieg diskutieren!

Die FIT ist bisher nur eine Wahlfront und noch keine revolutionäre Partei, und ihr Wahlprogramm enthält nicht alle Elemente, die unseres Erachtens nach für ein revolutionäres Programm unabdingbar sind, wie zum Beispiel die Notwendigkeit der Entwicklung von Organen der Selbstorganisation bzw. Räten, die zu Strukturen der Doppelmacht werden und die Basis für die Zerstörung des kapitalistischen Staates werden müssen. Nichtsdestotrotz ist die Wahl der FIT nicht nur ein riesiger Erfolg für die kämpferischen ArbeiterInnen Argentinien, denen die erlangten Parlamentssitze nun als Hilfe in den Auseinandersetzungen mit den KapitalistInnen zur Verfügung stehen und das Klassenbewusstsein weiterentwickeln sollen, sondern muss von der internationalen Linken als ein außerordentliches Ereignis erkannt werden. Wir laden alle GenossInnen dazu ein, mit uns die Lehren des Ergebnisses der FIT zu diskutieren.

Die FIT kann – trotz aller argentinischen Besonderheiten – als ein Beweis dafür gesehen werden, dass es gerade in Zeiten der Krise möglich ist, Fortschritte in der Umgruppierung Tausender und der Beeinflussung Hunderttausender zu machen, ohne sich auf linksreformistische Experimente wie Syriza oder die Linkspartei zu beschränken. Diese schaffen es trotz der Krise der Herrschenden nicht, eine kohärente Alternative der Klassenunabhängigkeit zu präsentieren, sondern planen in letzter Instanz eine „nettere“ Verwaltung der kapitalistischen Misere. So steht Syriza

weiter für Verhandlungen mit der Troika, und die Linkspartei biedert sich bei jeder Gelegenheit an, „Regierungsverantwortung“ übernehmen zu wollen.

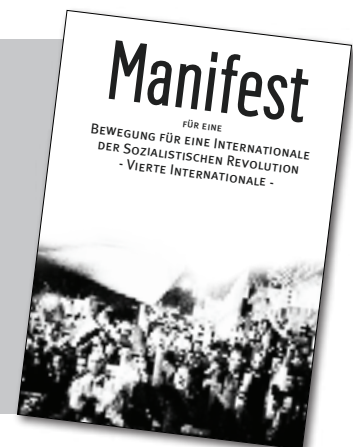
Vor einigen Monaten hat unsere internationale Strömung, die Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale, einen Aufruf zu einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution als ersten Schritt zum Wiederaufbau der Vierten Internationale lanciert¹. Parallel zu dieser Ausgabe von *Klasse Gegen Klasse* veröffentlichen wir einen Entwurf für ein Manifest einer solchen Bewegung, als einen Diskussionsvorschlag an all jene Kräfte der radikalen Linken, die sich gegen die Anpassung an die bürgerliche Demokratie wenden, und an die fortschrittlichen Sektoren der ArbeiterInnen und Jugend, die durch ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Krise mit der Logik der Herrschenden brechen und eine Klassenalternative suchen. In Deutschland suchen wir eben solche Verbündete im Kampf für die Klassenunabhängigkeit und ein Programm, damit die KapitalistInnen ihre Krise selbst bezahlen müssen. Mit dem Manifest wollen wir die unserer Meinung nach zentralen strategischen Fragen des aktuellen Klassenkampfes aufwerfen, die die heutige Linke teilen.

1. Stefan Schneider: Für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution! *Klasse gegen Klasse* Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/fur-eine-bewegung-fur-eine-internationale-der-sozialistischen-revolution/>

Manifest für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution – Vierte Internationale

Beschlossen auf der VIII. Konferenz der FT-CI im August 2013 in Buenos Aires

Jetzt im Internet oder als Broschüre erhältlich:
→ www.klassegegenklasse.org



**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

Große Koalition der Heuchelei

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Fast zwei Monate nach der Bundestagswahl gibt es noch keine Regierung: Die Bildung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Führung von Angela Merkel zieht sich rekordverdächtig in die Länge. Die herrschenden Parteien lassen sich Zeit. Doch wofür eigentlich?

Glaubt man dem Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, suchen die voraussichtlichen Koalitionspartner nach Wegen, möglichst viele Geldgeschenke zu machen: „Die große Koalition droht zu einer Spendiergemeinschaft zu werden. Die drei Parteien predigen Wasser und trinken Wein.“¹ Der verantwortliche Redakteur des innenpolitischen Ressorts der FAZ, Jasper von Altenbockum, hat Angst, dass die Union einen „hohen Preis“ für die Koalitionsbildung bezahlen wird (und meint damit unter anderem den Mindestlohn von 8,50€).² Was die FAZ an die Wand malt, klingt gerade in Mitten der Weltwirtschaftskrise nach der Rückkehr des verloren geglaubten Sozialstaats.

Haben sich also all die KritikerInnen (inklusive wir von RIO) geirrt, die vor einer Großen Koalition als Vorboten von Kürzungsorgien gewarnt haben? Kurz nach der Wahl schrieben wir, dass das Wahlergebnis „weitere Attacken auf den Lebensstandard der Menschen in Europa vorankündigt“ und dass die zu erwartenden Widersprüche in der Regierung und dem gesamten Regime „zu größeren politischen und sozialen Erdbeben in Europa, aber auch in Deutschland selbst führen werden.“³

An den Bedürfnissen der Massen vorbei

Als Antwort auf diese Frage müssen wir betrachten, was diese Große Koalition den ArbeiterInnen, der Jugend, den RentnerInnen und den MigrantInnen konkret vorschlägt. Denn oberflächlich gesehen sind die (offiziellen) Arbeitslosenzahlen niedrig und der DAX auf einem historischen Höchststand. Ist also in Deutschland, auch wenn im restlichen Europa immer härtere Zeiten auf die Masse der Bevölkerung zukommen, alles in Ordnung?

Mitnichten.

Denn die zwar tatsächlich weniger dramatische Situation der deutschen Wirtschaft und des deutschen Arbeitsmarkts ist gerade auf den Mechanismen aufgebaut, die vor allem Südeuropa in den Abgrund der Krise gestürzt haben, nämlich das erbarmungslose „race to the bottom“ der Reallöhne, die Ausbreitung von Leiharbeit und Werksverträgen, der Zwang zur Privatisierung usw.. Und diese Mechanismen, die sich mit der

Agenda 2010 immer stärker Bahn gebrochen haben – die aber letztlich schon in der Konstruktion der Europäischen Union als erweitertem Binnenmarkt und Ressource billiger Arbeitskraft für die deutsche Wirtschaft eingeschrieben waren –, haben immer stärkere Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend und der RentnerInnen in Deutschland selbst. Wenn man sich die Koalitionsverhandlungen anschaut, könnte man meinen, das alles spiele fast gar keine Rolle. Stattdessen sind die zu verhandelnden Maßnahmen, vor denen die FAZ so viel Angst zu haben scheint, nichts weiter als ein Tropfen auf den heißen Stein im Feuer der Krise. Für diejenigen, die momentan mit all ihrer Kraft auf die Straße gehen, um für ihre Lebensbedingungen zu kämpfen – die Beschäftigten im Einzelhandel, bei Amazon, an den Berliner Schulen, die verschiedenen Bewegungen von Geflüchteten in München, Berlin und anderswo, die Studierenden ohne Wohnung und viele weitere –, hat die Große Koalition trotz einiger sozialer Maßnahmen keine weitergehende Perspektive anzubieten.

Denn die bisherigen Koalitionsverhandlungen verdecken mit ihrer pseudo-sozialen Heuchelei die wirklich zentralen Probleme der ArbeiterInnen und der Jugend in ganz Europa, die die herrschende Klasse in Deutschland nicht einmal ansatzweise zu lösen imstande ist. Das zentrale Wahlversprechen der SPD ist die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50€. Die streikenden KollegInnen im Einzelhandel, die sich gerade gegen die Einführung einer neuen Niedriglohngruppe von 8,50€ (West) wehren, wissen, wie niedrig dieses „Zugeständnis“ der SPD an die Erwartungen der großen Mehrheit der Bevölkerung, die Schwarz-Gelb abgewählt haben, tatsächlich ist. Debattiert wird in den Verhandlungen zur Großen Koalition nicht, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Prekarierten, die im letzten Jahrzehnt massiv unterminiert wurden, dauerhaft wieder aufgebaut werden können, sondern im Gegenteil darüber, wie der „Mindest“-Lohn schon ausgehöhlt werden kann, bevor er überhaupt in Gesetzesform gegossen wird. Natürlich wird der Mindestlohn eine Verbesserung für einige Millionen Beschäftigte bedeuten, die bisher für Hungerlöhne oder gar umsonst arbeiten (so soll er möglicherweise auch auf PraktikantInnen angewandt werden), doch er bleibt strukturell so niedrig, dass er im Endeffekt nur eine Entskandalisierung und damit vor allem eine Zementierung des gesamten Niedriglohnssektors bewirken soll. Notwendig wäre dagegen ein Mindestlohn, der den tatsächlichen Lebensnotwendigkeiten der ArbeiterInnen und ihrer Familien entspricht, an die Inflationsrate gekoppelt ist und dessen Festlegung und Einhaltung von den ArbeiterInnenorganisationen kontrolliert wird.

Auch die anderen Sozialmaßnahmen, die von der Koalition bis zum Redaktionsdatum dieser Zeitung debattiert wurden – und die noch unter „Finanzierungsvorbehalt“ stehen –, sind Gesetzespakete, die kaum als ein Geschenk der Koalition betrachtet werden können, sondern wenn überhaupt nur die krassesten neoliberalen Kürzungs- und Privatisierungsorgien ein wenig nachjustieren sollen. Dazu zählt zum Beispiel auch die hochge-

1. FAZ: Auf großem Fuße. 29. Oktober 2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/koalitionsverhandlungen-auf-groessem-fusse-12639589.html>

2. Jasper von Altenbockum: Ein hoher Preis. FAZ. 18. Oktober 2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/kommentar-ein-hoher-preis-12623909.html>

3. Stefan Schneider: Merkel, ein Koloss auf tönernen Füßen. <http://www.klassegegenklasse.org/merkel-ein-koloss-auf-tonernen-fuesen/>



lobte „Mietpreisbremse“, die im Grunde genommen nur jetzige Regelungen zur unlauteren Steigerung von Mieten etwas stärkt: So sollen Mieten „in angespannten Märkten“ nur noch in vier statt vorher drei Jahren um 15% steigen dürfen – doch gerade die realen Beispiele der letzten Jahre, in denen gerade in vielen Bezirken von Städten wie Berlin die Mieten weitaus schneller stiegen, zeigen, dass die Anwendung solcher Regelungen auch heute schon äußerst willkürlich darauf beruht, was denn nun als „angespannte“ Gegend zählt. Die Abschaffung der Übernahme von Maklergebühren durch MieterInnen ist ebenso nur die Korrektur einer unlauteren Praxis von Jahrzehnten und keine soziale Spende der neuen Großen Koalition.

Doch selbst wenn man davon ausgehen könnte, dass die beispielhaft genannten Punkte der Koalitionsverhandlungen mehr als nur verbale Gesten der SPD für ihre der Großen Koalition skeptisch gegenüberstehende Basis darstellen sollten, schwebt immer noch der „Finanzierungsvorbehalt“ über den aktuellen Diskussionen. Und dieser ist nicht leicht zu nehmen, denn ab 2016 gilt die verfassungsrechtlich festgeschriebene „Schuldenbremse“, die Neuverschuldungen auf Bundes- und Länderebene ausschließen soll, was im Umkehrschluss neue Kürzungen oder die Rücknahme von geplanten Maßnahmen bedeuten wird. Und zur Leiharbeit, zum Lohnunterschied zwischen Ost und West, zum rassistischen Asylrecht, und zu anderen zentralen Fragen der Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend in Deutschland haben Union und SPD wenig bis nichts zu sagen.

Deutsche Großmachtambitionen

Währenddessen wird ebenfalls kaum ein Wort darüber verloren, was die Pläne der kommenden Bundesregierung in Bezug auf die anhaltende wirtschaftliche, politische und soziale Krise in Europa sind, während insbesondere in Ländern wie Griechenland oder dem Spanischen Staat die Arbeitslosigkeit weiterhin grassiert, Zwangsräumungen von Familienwohnungen an der Tagesordnung sind und die extreme Rechte immer stärker wird. Dieses Schweigen hat indes nichts damit zu tun, dass die künftige Regierung keine Politik in Richtung Europa hätte, sondern ganz im Gegenteil: Die Marschrichtung ist eindeutig. Schon vor der Wahl wurde die Notwendigkeit weiterer Einschnitte in Griechenland betont, und kurz nach der Wahl fragte Bundespräsident Joachim Gauck, ob „Deutschland seine Verantwortung ausreichend wahr[nimmt] etwa gegenüber den Nachbarn im Osten, im Nahen Osten oder am südlichen Mittelmeer?“⁴ Die „Verantwortung“, von der Gauck spricht, ist indes nicht die, die Krise im Sinne der leidenden Massen zu lösen, sondern die „Verantwortung“ eines aufstrebenden Hegemons.

Spätestens seit den missglückten Kriegen in Afghanistan und Irak befindet sich der einzige nach dem Kalten Krieg übrig ge-

bliebene Hegemon, die USA, in einem stetigen Sinkflug, ohne dass bisher eine andere Macht diesen Platz einnehmen konnte. Auch der deutsche Imperialismus kann dies noch nicht, aber in der Krise sieht die deutsche herrschende Klasse eine Chance, zumindest die unangefochtene Vorherrschaft in Europa an sich zu reißen. Das bringt aber auch die Notwendigkeit mit sich, eine soziale Ordnungsmacht in Europa darzustellen, also die herrschenden Klassen in Südeuropa, die von ihren Bevölkerungen immer wieder attackiert werden, ausreichend zu stützen. Nur: Die KapitalistInnenklasse in Deutschland hat selbst nach sechs Jahren der Krise keine einheitliche Vorstellung davon, wie sie am Besten zum Hegemon wird. In der Vergangenheit hat Deutschland im Schatten der USA agiert. Dabei nutzte sie geschickt die Lücken aus, die die Hegemoniekrise der USA boten, um ihr Einflussgebiet zu erweitern. Um aber einen qualitativen Sprung in diesem Sinne zu machen, muss Deutschland auch bereit sein, die Kosten zu tragen, mit denen die Rolle eines führenden Hegemons behaftet ist. Die Frage ist weiterhin, ob das deutsche Kapital bis zum Letzten dazu bereit ist. Diesen Widerspruch zu lösen, ist für die herrschende Klasse die Aufgabe der Großen Koalition.

Im Übrigen sorgen die Ambitionen der verschiedenen imperialistischen Mächte in der aktuellen Krise immer wieder für Spannungen zwischen diesen Mächten, was die Herausforderung für die deutsche Bourgeoisie perspektivisch weiter erhöht. Auf niedriger Ebene zeigen sich diese Widersprüche schon längst, und nicht zuletzt im aktuellen NSA-Skandal, der zu großen diplomatischen Verwerfungen zwischen Deutschland und den USA geführt hat. Die scharfe Kritik an der Überwachungstätigkeit der NSA seitens der herrschenden Parteien und der Bundesregierung ist daher nicht nur heuchlerisch (gerade in Anbetracht der geplanten Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der neuen Legislaturperiode und der massiven Überwachung gerade von Linken hier in Deutschland, sowie der massiven Mithilfe der deutschen Geheimdienste bei der Überwachung durch die NSA), sondern Zeichen eines veränderten Klimas zwischen den beiden Imperialismen. Diese schwerwiegende Konfliktstellung bedeutet für die arbeitenden Massen auf beiden Seiten des Atlantiks nichts Gutes, da sie die Leidtragenden eines offenen Ausbruchs der Widersprüche zwischen beiden Mächten sein werden.

Warten auf die Große Koalition?

Das Rekordergebnis von CDU/CSU hat bei den Wahlen paradoxerweise zu einer schwierigeren statt einfacheren Regierungsbildung geführt. Das aktuelle Warten auf die Große Koalition könnte in diesem Sinne durchaus ein Vorzeichen für eine schwierige Regierungszeit sein. Wenn es nach der Union gegangen wäre, stünde die Große Koalition längst fest. Die Verzögerung liegt an den Notwendigkeiten der SPD-Spitze, ihrer Basis – die voraussichtlich im Dezember über den Koalitionsvertrag abstimmen soll, was in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie vorgekommen ist – zu zeigen, dass sie ihr „Bestes“ getan hat, um

Angela Merkel (CDU) und Sigmar Gabriel (SPD): Hinter der sozialen Fassade der Koalitionsverhandlungen werden die Grundsteine für die deutsche Machtpolitik in Europa gelegt.

4. Joachim Gauck: Rede zum Tag der Deutschen Einheit. 3. Oktober 2013. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/10/131003-Tag-deutsche-Einheit.html>

die ohnehin laschen Wahlversprechen der SPD gegen die CDU durchzusetzen. Außerdem wird die SPD-Führung, wenn sie im Rahmen der Großen Koalition unsoziale Politik durchsetzt, sich mit einem Verweis auf den Mitgliederentscheid aus der Affäre zu ziehen versuchen, nach dem Motto: „Ihr habt es doch so gewollt.“ Dass dies keine leichte Aufgabe sein wird, zeigen die Wahlergebnisse der SPD-Spitze auf dem kürzlich abgehaltenen SPD-Parteitag, die von KommentatorInnen einhellig als „Denkzettel“ für die Koalitionsverhandlungen gewertet wurden.

Dazu kommt, dass die neue Kraft am bürgerlich-konservativen Sternenhimmel, die „Alternative für Deutschland“, gerade auf die CDU einen anhaltenden rechten Druck ausüben wird, der gerade wegen der engen Bindung von konservativen Teilen der Intelligenz an diese Partei zu einer noch lauterem medialen Kritik von rechts gegen eine „sozialdemokratisierte“ CDU führen könnte. Entscheidend für die Zukunft der AfD werden die Europawahlen im März 2014 sein – dort wird sich zeigen, ob sich eine Partei rechts von der CDU dauerhaft etablieren kann.

Gleichzeitig befindet sich die SPD in einem Prozess der

schwindenden Unterstützung seitens der Gewerkschaftsbürokratie, was sich in einer großen Koalition weiter beschleunigen könnte. So wird die SPD immer wieder eine sozialere Rhetorik nötig haben, um diese Unterstützung nicht allzu sehr aufs Spiel zu setzen. So ist auch die auf dem Parteitag angekündigte „Öffnung“ zur Linkspartei zu verstehen.

Die ArbeiterInnenklasse und die Jugend haben von der SPD in der Großen Koalition dennoch nichts zu erwarten. Im Gegenteil: Die aktuellen Kampfbeispiele, die es in Deutschland durchaus gibt, wenn auch noch auf niedrigem Niveau, sind Zeugen davon, dass die ArbeiterInnen, die Jugend, die RentnerInnen, die MigrantInnen, gemeinsam und entschlossen auf die Straße gehen müssen, wenn sie selbst ihre grundlegendsten Forderungen – gleichen Lohn für gleiche Arbeit, keine Prekarisierung, bezahlbaren Wohnraum, keine Altersarmut, Bleiberecht, usw. – durchsetzen wollen, und zwar gegen die Regierung und das hinter ihr stehende Kapital, welche die neue Vormachtstellung Deutschlands in Europa auf dem Rücken der Massen der gesamten Region aufbauen wollen.

Die Linkspartei an die Regierung?

Die Linkspartei hat bei den Bundestagswahlen 3,3% verloren, aber wegen der Großen Koalition wird sie Oppositionsführer im Bundestag. Ihr Chef Gregor Gysi ließ keinen Zweifel daran, dass er viel lieber in der Position eines Juniorpartners in einer Rot-Rot-Grünen Regierungskoalition wäre. Schon vor der Wahl hatte er erklärt, dass er am liebsten Außenminister werden würde.¹ Für ihn wäre eine Bedingung der Ausschluss neuer Kampfeinsätze der Bundeswehr – wobei er auffällig die Linkspartei-Forderung nach einem sofortigen Rückzug aus Afghanistan fallen lässt und auch die Option „humanitärer“ Militäreinsätze offen lässt.

Aber nicht nur der rechte Flügel der Linkspartei wirbt für diese Regierungsoption, auch der Parteivorsitzende Bernd Riexinger oder die Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag werben offensiv für rot-rot-grün oder #R2G: „Wir wollen mitregieren, wenn die Bedingungen stimmen“, sagte Janine Wissler.² Sie ist Mitglied des Netzwerks Marx21, eine der beiden größten aus dem Trotzismus kommenden Organisationen in Deutschland. In ihren politischen Leitsätzen steht zwar eigentlich: „Eine Regierungsbeteiligung auf der Grundla-

ge der heutigen Kräfteverhältnisse lehnen wir ab.“³ Doch wie das Beispiel von Wissler zeigt, gilt dies anscheinend nur für solche Situationen, in denen eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei vollständig aussichtslos ist. Wenn eine Regierungsbeteiligung auch nur ansatzweise möglich scheint – wie in Hessen, wo bis mehrere Wochen nach der Wahl Gespräche über die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition geführt wurden –, wirft Marx21 ihre eigenen Leitsätze über Bord, um einen „Politikwechsel“ einzuleiten – allerdings auf der Grundlage der Mitverwaltung der kapitalistischen Krise.

Wie würde so ein „Politikwechsel“ unter einer rot-rot-grünen Bundesregierung aussehen? Eine klare Antwort auf diese Frage erfordert nicht viel Fantasie: In Brandenburg kürzt eine „rot-rote“ Landesregierung kräftig im öffentlichen Dienst und im Bildungssystem, während Flüchtlinge weiter abgeschoben werden. In Berlin hat ein „rot-roter“ Senat zwischen 2002 und 2012 mit der Privatisierung von 150.000 Wohnungen die aktuelle Krise am Wohnungsmarkt vorbereitet.

International sieht es nicht besser aus. Die linke Partei *Rifondazione Comunista* war einst Hoffnungsträger vieler linksradikalen AktivistInnen in Europa, doch als Teil einer „linken Regierung“ stimmte sie für den Einsatz italienischer Truppen in Afghanistan und vor der Küste Libanons. Linke Re-

gierungen machen eben immer Politik im Interesse der Banken und Konzerne – oder werden im Extremfall vom Staatsapparat gestürzt, wie es 1973 bei Chiles sozialdemokratischem Präsidenten Salvador Allende passiert ist.

Könnten wir von #R2G in der BRD etwas anderes erwarten? Gysi sagte im erwähnten Interview auch, dass seine Fraktion in so einer Koalition „disziplinierter als die anderen“ wäre – heißt: disziplinierter bei der Durchsetzung von Angriffen auf die arbeitende Bevölkerung, wie wir sie aus den letzten Jahren zu Genüge kennen.

Manche werden behaupten, dass man bereit sein muss, „Regierungsverantwortung“ zu übernehmen, wenn man politisch etwas bewirken will. Jedoch: Der Staat ist kein neutrales Gebilde unter Kontrolle der BürgerInnen, sondern ein Apparat der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen. In unserem Fall geht es um die Interessen der KapitalistInnen gegen die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, MigrantInnen und andere unterdrückte Gruppen. Eine Regierung verwaltet nur diesen Staat, weshalb die revolutionäre Kommunistin Rosa Luxemburg schon 1899 meinte: „Als regierende darf sie [die sozialistische Partei] nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“⁴ Aber für die Linkspartei ist Rosa Luxemburg lediglich ein Konterfei, mit der man sich schmückt, nicht aber auseinandersetzt.

wf/ssch

1. Spiegel: Koalitionsangebot der Linken: Vom Rambo zum Softie. 4. August 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gregor-gysi-macht-sich-fuer-rot-rot-gruen-stark-a-914744.html>

2. FAZ: Es kursiert die Ausschließeritis. 30. Juli 2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/landtagswahl-in-hessen-es-kursiert-die-ausschließeritis-12310920.html>

3. Marx21: Politische Leitsätze. <http://marx21.de/content/view/194/93/>

4. Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/07/taktisch.html>



Kampfplan statt Resignation!

Keine Schließung des Bochumer Opel-Werkes!

von **Mark Turm** (RIO, Saarbrücken)

Der scharfe Sparkurs, den die Opel-Mutter General Motors in Europa fährt, zahlt sich für das Unternehmen allmählich aus. Die Verluste des Unternehmens gehen zurück, die GM-Aktien verteuern sich. Dafür werden 3.000 Menschen ihre Arbeit verlieren, viele weitere werden folgen. Nach Angaben des Bochumer Betriebsratsvorsitzenden wären von einer Opel-Schließung in Bochum landesweit etwa 45.000 Arbeitsplätze – auch bei Dienstleistern und Zulieferern – betroffen. Gleichzeitig zum harten Gang gegenüber den Beschäftigten fährt Opel eine Werbeoffensive mit dem Sympathieträger „Kloppo“, der die Marke Opel aus dem Imagetief holen soll. Die Erwartungen des Unternehmens: Opel soll 2016 wieder schwarze Zahlen schreiben. Weitere Entlassungen nicht ausgeschlossen. Perfide, aber normales Amtsgeschäft im Kapitalismus.

Pläne für die Zeit nach der Schließung des Werkes in Bochum gibt es keine. Von der Nutzung der Fläche wird geredet; die rot-grüne Landesregierung hatte die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft mit dem zugleich bombastischen und inhaltsleeren Namen „Bochum Perspektive 2022“ angekündigt, um den massiven Stellenabbau in den kommenden Jahren abzufangen. Anders ausgedrückt, es geht um die Schaffung einer Gesellschaft, welche mit Steuermitteln die Arbeitslosigkeit etwas nach hinten verschiebt, um den sozialen Frieden in der Region nicht mit Scharen von wütenden und randalierenden ArbeiterInnen zu gefährden, die ihre Arbeitsstätten besetzen und „Recht und Ordnung“ auf den Kopf stellen.

Der Strategie der Niederlage...

Dass es soweit gekommen ist, liegt nicht an der Passivität oder der mangelnden Kampfbereitschaft der Opel-Beschäftigten. Mehrmals haben sie gezeigt, dass sie bereit waren, alles zu tun, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten: Sie streikten mehrmals wild,

das Unternehmen blieb jedoch hart und die Gewerkschaftsführung zog den Verhandlungstisch vor. Daraufhin stimmten die Beschäftigten, wie von ihrer Gewerkschaftsführung empfohlen, mehrmals zähneknirschend der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und empfindlichen Lohnneinbußen zu. Und dennoch blieb das Unternehmen bei seiner Entscheidung, das Werk in Bochum zu schließen. Die IG-Metall-Führung beklagte die „Planlosigkeit“ der GM-ManagerInnen, ihre „fehlende Gesamtstrategie“ und „falsche Rechnungen“. Für die IG Metall liegt der Schlüssel in der Berücksichtigung von „Marktnähe, Frachtkosten und Qualität mit dem Siegel ‚Made in Germany‘“. Von visionären ManagerInnen, „die mit frischen Ideen für eine Aufbruchstimmung sorgen“, war die Rede beim IG-Metall-Vorsitzenden Huber. Dieser Diskurs zur „Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands“, Ausdruck der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie, ist die Antwort des nationalbornierten Gewerkschaftsapparates, der seine eigene Existenz der Klassenzusammenarbeit statt des Klassenkampfes verdankt.

Dass viele Beschäftigte dieser Strategie der Niederlage überdrüssig sind, haben die ArbeiterInnen in Bochum mehrmals gezeigt, sowohl an den Urnen als auch am Fließband. Ende März verweigerten sie dem von der IG-Metall-Führung und dem Opel-Management hinter verschlossenen Türen ausgehandelten „Sanierungskonzept“, das IG-Metall-Boss Berthold Huber als die „bestmögliche Lösung unter den gegebenen Bedingungen“ in den Himmel lobte, ihre Zustimmung. Da

Opelner Frauen zeigen den Weg: Kampf um jeden Arbeitsplatz!

1. IG Metall: Erpressung bei Opel. <http://www.igmetall.de/opel-astraverlagerung-stellt-zukunft-nach-2014-in-frage-10162.htm>.

2. Ebd.

3. Ebd.

4. Handelsblatt: IG Metall stimmt Tarifvertrag zu. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/opel-sanierung-ig-metall-stimmt-tarifvertrag-zu/7993964.html>.

sprangen die Gewerkschaftsbonzen aus den USA ihren Freunden in der IG Metall zur Hilfe: Schnell meldete sich UAW-Chef und Opel-Aufsichtsratsmitglied Bob King zu Wort, um den Beschäftigten zu raten, das von GM und IG Metall ausgehandelte Sanierungskonzept doch zu akzeptieren.

Was die Opel-Beschäftigten als Auftakt von Kampfmaßnahmen zur Erhaltung des Betriebes ansahen, wurde von der IG-Metall-Führung aktiv bekämpft. Die IG-Metall-Oberen starteten eine systematische Desinformationskampagne zur Spaltung der Belegschaften der verschiedenen Opel-Standorte. Ziel war, das Sanierungskonzept von den Beschäftigten doch noch absegnen zu lassen, und die aufbegehrende Belegschaft von Opel Bochum von den KollegInnen in den anderen Städten zu isolieren.

Anfang September blieben nach einer 17-stündigen Belegschaftsversammlung zahlreiche KollegInnen des Bochumer Opel-Werks „illegal“ der Arbeit fern – und überraschten damit selbst ihren Betriebsratschef Reiner Einkel, der sich immer wieder kämpferisch gibt, aber stets wenn es darauf ankommt, den „Weg der Verhandlungen“⁵ gehen und notfalls mit einer Klage die Schließung verhindern möchte.

Die Strategie der Gewerkschaftsführung trägt bereits Früchte: Einige haben bereits resigniert, andere geben sich mit den Abfindungsalmosen zufrieden. Die kämpferischsten Sektoren haben es bisher nicht geschafft, der zersetzenden Politik der IG-Metall-Führung eine Alternative des Kampfes entgegenzusetzen. Die Ratlosigkeit wächst, und das Unternehmen bleibt hart.

...einen Kampfplan entgegensetzen

Aus dieser Situation sind Lehren zu ziehen. Die erste und wichtigste ist, dass Verzicht keinen Arbeitsplatz rettet. Die zweite, dass die Verteidigung von Arbeitsplätzen nicht am Verhandlungstisch hinter dem Rücken der Beschäftigten erreicht werden kann. Die dritte, dass die Sicherung der Arbeitsplätze und somit eine Zukunft für die Beschäftigten und ihre Familien ausschließlich durch Kampfmaßnahmen, seien sie legal oder illegal, zu erreichen sein wird. Dies erfordert die Erarbeitung eines Kampfplans zur Sicherung der Arbeitsplätze aller Beschäftigten, gemeinsam mit solidarischen UnterstützerInnen aus Gewerkschaften, politischen Gruppen, aus der Nachbarschaft usw.. Dass dies von den jetzigen Gewerkschaftsführungen nicht zu erwarten ist, dürfte den meisten KollegInnen vor Ort klar sein. Dass die Gewerkschaften als Massenorganisationen der Beschäftigten diese Aufgabe übernehmen müssten, ist dennoch eine wichtige Erkenntnis. Nicht in der Distanzierung zu den „Gewerkschaften“ im Allgemeinen, sondern zu ihren Führungen liegt der Schlüssel. Daher ist es notwendig, den Gewerkschaftsführungen einen Kampfplan aufzuzwingen.

Insofern handelt es sich um eine doppelte Aufgabe, denn die Beschäftigten müssen nicht nur die Pläne des Managements bekämpfen, sondern auch die demobilisierende Haltung ihrer AnführerInnen. Nötig wäre, dass die IG Metall, allen voran in NRW, zu sofortigen Versammlungen zur Aufstellung und zum Beschluss eines Kampfplans gegen alle Entlassungen aufruft. Dies ist deshalb notwendig, weil ihre Strategie der „Mitbestimmung“, der Standortlogik und Sozialpartnerschaft lediglich zur Reduzierung der Belegschaft, zum Lohnverzicht, zur Schließung des Werkes führt. Mit einem solchen Kurs unterminiert sie die Kampfbereitschaft und bereitet den Boden für Angriffe in den anderen Standorten von Opel in Deutschland. Mehr noch, die IG-Metall-Fürsten spielen die KollegInnen gegeneinander aus.

Dabei kommt den kämpferischen Betriebsräten eine besondere Verantwortung und Rolle zu, denn nur sie können garantieren, dass dies Realität wird. Denn diese Schritte können nur gegen die Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden. Die

geplante Schließung im Jahr 2014 steht vor der Tür und der Gang zum Jobcenter rückt näher. Deshalb müssten die kämpferischen Sektoren der Belegschaft einen ersten Schritt zum sofortigen Aufruf an alle kämpferischen KollegInnen zur Durchführung eines Delegiertenplenums (mit verbindlichem Mandat) zur Ausarbeitung eines solchen Kampfplans unternehmen, um die drohende Schließung des Bochumer Werkes zu stoppen. Dieser Plan muss der Bürokratie aufgezwungen werden.

Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Somit könnte der grassierenden Demoralisierung unter den KollegInnen begegnet werden, denn viele ältere KollegInnen sehen heute ihr Heil in ihrer Frühpensionierung bzw. in hohen Abfindungen, ohne zu merken, dass sie dadurch den kommenden Generationen, den Lehrlingen und Azubis den Weg zu einer unwürdigen Zukunft aus prekärer Beschäftigung und Aufstockung ebnen. Deshalb sagen wir, keine Abfindungen, keine Transfergesellschaften, sondern Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Damit die Jugend bei Opel und in der Region eine würdigere Zukunft als den „Gang zum Amt“ und das Auffüllen von Regalen in der Nacht hat, fordern wir die Sicherung eines betrieblichen Ausbildungsplatzes für alle Jugendlichen, die es möchten, finanziert aus der Besteuerung des Unternehmens! Denn General Motors (GM) hat allein 2012 rund 4,9 Mrd. US-Dollar verdient.

Immer mehr Sektoren der ArbeiterInnenklasse in Deutschland wollen heute einen Teil dessen zurückerobern, was ihnen weg genommen wurde. Der Kampf als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Forderungen gewinnt bei breiter werdenden Sektoren an Boden, so ist die Zahl der Arbeitskämpfe in einem streikarmen Land wie Deutschland in letzter Zeit nach oben geschellt: Heute sind es die Beschäftigten im Einzelhandel, in der Logistikbranche, LehrerInnen, gestern war es das Flughafenpersonal, EisenbahnerInnen, Schleusenpersonal, Chemie, neben vielen anderen weniger bekannten Konflikten. Laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Instituts hat sich die Zahl der Streiktage im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (auch wenn diese Zahl im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig bleibt).⁶ Doch aufgrund der korporativistischen Logik der Gewerkschaftsbürokratie verlaufen alle diese Kämpfe aber isoliert von den anderen. Der DGB tut nichts für eine koordinierte Aktion der Beschäftigten. Mehr noch, die Gewerkschaftsbürokratie verhindert aktiv, dass die kämpfenden KollegInnen zusammenkommen; sie betreibt eine aktive Politik der Isolation: heute wird hier gestreikt, morgen dort, und das sogar im selben Unternehmen.

Nun ist Opel Bochum am Scheideweg angelangt, und nicht nur sie, denn die drohende Niederlage einer kämpferischen Belegschaft in einem Kernsektor der Wirtschaft wie der Autoindustrie wird Signalwirkung haben. Sollte das Bochumer Opel-Werk schließen, werden sich die Bosse nicht nur in der Autoindustrie, sondern auch in anderen Sektoren ermutigt fühlen, die Angriffe auf die ArbeiterInnen zu verstärken. Gleichzeitig werden viele Beschäftigte denken, der Kampf lohne sich nicht. Deshalb muss die Losung lauten: Gemeinsamer Kampf gegen Entlassungen! Für die sofortige Enteignung und Verstaatlichung von Opel und allen Unternehmen, die Entlassungen oder Schließungen durchgeführt haben, durchführen, oder durchführen wollen – unter Kontrolle der Beschäftigten und ohne Entschädigungen!

Noch ist das letzte Wort nicht ausgesprochen worden, noch können die Beschäftigten von Opel gewinnen. Sieg oder Niederlage bei Opel werden Auswirkungen auf die gesamte ArbeiterInnenbewegung in Deutschland haben.

KLASSE
GEGEN
KLASSE

5. Handelsblatt: Wilder Streik im Bochumer Opel-Werk. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/unmut-beim-autobauer-wilder-streik-im-bochumer-opel-werk/8769778.html>.

6. Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Arbeitskampfbilanz: Deutliche Zunahme der Arbeitskämpfe im Jahr 2012. http://www.boeckler.de/41907_42314.htm

Jugendliche organisieren sich

Die SchülerInnengruppe *Red Brain* unterstützt die Streiks der LehrerInnen in Berlin

von **Max Karlmann** und **Peter Robe**
(RIO, Berlin und Red Brain)

Auf der ganzen Welt – in Mexiko, im Spanischen Staat und in Chile, in der arabischen Welt und in der Türkei – lässt sich seit Beginn der kapitalistischen Krise eine Zunahme von Protesten beobachten. In den ersten Reihen steht dabei die Jugend. Sie hat ihr ganzes Leben noch vor sich, aber wird mit einer äußerst düsteren Zukunft konfrontiert. Junge Menschen sind noch nicht von alten Erfahrungen demoralisiert und sind noch nicht so stark von der bürgerlichen Ideologie korrumpiert – sie sprühen das Bedürfnis aus, die Welt zu verändern.

Die Perspektivlosigkeit dieser Massenbewegungen der letzten Jahre, die sich letztendlich mit Forderungen nach „Mehr Demokratie“ zufrieden geben, stellt uns mehr denn je vor die Aufgabe, ein revolutionäres Programm für die Jugend aufzuzeigen. Diese sollte sich nicht bestehenden Organisationen vollständig unterordnen. Junge AktivistInnen müssen ihre eigenen Erfahrungen machen und aus ihren Fehlern lernen. Nur so können sie sich zu den RevolutionärInnen entwickeln.

Mit dem Ziel vor Augen, eine kämpferische, revolutionäre Jugendgruppe aufzubauen, die mit den ArbeiterInnen gemeinsam kämpft, versuchen wir, Jugendliche zu gruppieren und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Im April 2011 gründeten AktivistInnen von RIO und unabhängige SchülerInnen *Red Brain* „als eine linke, antikapitalistische Zeitung“.¹ Dabei war die Gruppe „von Anfang an von den SchülerInnen selbst verwaltet. Die Entscheidungsfreiheit lag und liegt bei ihnen.“²

Seitdem ist viel passiert. *Red Brain* hat heute eine Basis an zwei Berliner Schulen und konnte ein gewisses Umfeld aufbauen. Die Gruppe besteht aus AktivistInnen mit verschiedenen politischen Meinungen – dieser Zustand wird von einigen SchülerInnen vom Ist-Zustand in den Soll-Zustand erhoben. Wir denken aber, dass *Red Brain* auf eine programmatische Klarheit hinarbeiten sollte, denn in den entscheidenden Momenten ist es zentral, ein gemeinsames Verständnis über die Aufgaben und Ziele zu haben.

Ein Programm ergibt sich nicht aus dem bürokratischen Überstimmen oder dem passiven Unterschreiben eines Stücks Papier. Für uns repräsentiert es vielmehr ein gemeinsames Verständnis der aktuellen Aufgaben als Grundlage, auf der wir unsere Aktionen planen und unsere Artikel schreiben. Solch ein Programm wird also logischerweise nicht für immer geschrieben, sondern ist etwas dynamisches. In gemeinsamen Erfahrungen müssen wir überprüfen, was für ein Programm notwendig ist.

Ein zentraler Punkt ist für uns hierbei die Einheit von ArbeiterInnen und SchülerInnen. Ein wichtiger Ansatz dazu ist der aktuelle Streik der LehrerInnen. Es ist allen klar, dass der Kampf für ein besseres Bildungssystem – im Interesse der SchülerInnen, LehrerInnen und aller Ausgebeuteten – nur gemeinsam mit ihnen geführt und gewonnen werden kann. Doch wir müssen dies ausweiten: Auch die Streikenden im Einzelhandel oder an der Charité brauchen unsere Solidarität. Solche Verbündeten werden uns auch später bei unseren Kämpfen helfen. *Red Brain* setzt sich für offene Streikversammlungen an den Streiktagen ein, was uns von vielen linken Gruppen unterscheidet.

In der aktuellen Situation breiter Passivität unter den SchülerInnen bildete der

LehrerInnenstreik eine gute Möglichkeit, SchülerInnen zu politisieren und die Einheit von ArbeiterInnen und SchülerInnen zu demonstrieren. *Red Brain* hat deshalb sein kleines Gewicht in die Waagschale geworfen und mit den Aktionen vom Mai und Oktober 2013 gezeigt, dass es möglich ist, 200 SchülerInnen zum Streik in Solidarität mit ihren LehrerInnen zu bringen.

Ein weiterer Punkt, den *Red Brain* vertritt, ist der Internationalismus: Bei einer spontanen Demonstration, die nach dem Bildungstreik am 21. Oktober stattfand, versammelten sich 60 SchülerInnen und entschieden, in Solidarität mit der abgeschobenen Schülerin Leonarda und ihrer Familie zur Französischen Botschaft zu marschieren. Gerade die deutsche Regierung greift mit Kürzungsplänen und „Retzungspaketen“ die Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugendlichen in Südeuropa an. So wie sich im Spanischen Staat und in Griechenland die Massen erhoben haben, müssen auch wir uns „empören“, gegen die deutschen Konzerne und ihre Regierung.

Unsere Vorstellungen, wie beispielsweise ein selbstverwaltetes Bildungssystem, ein Asylrecht für alle Geflüchteten oder die sexuelle Befreiung, können innerhalb des kapitalistischen Systems nicht vollständig erreicht werden – das ist für die AktivistInnen von *Red Brain* selbstverständlich. Doch wir glauben, dass eine Revolution nicht einfach so vom Himmel fällt, sondern man dazu eine revolutionäre Partei der ArbeiterInnen braucht.

Wir wollen mit den GenossInnen von *Red Brain* noch viele weitere Aktionen machen und uns an weiteren Schulen organisieren, um mehr SchülerInnen für eine linke, klassenkämpferische Politik zu gewinnen. Dabei begleiten wir jede einzelne Person bei ihrem politischen Werdegang und unterstützen explizit jede Meinungsbildung – genauso wie wir weder Differenzen verschleiern, noch unsere eigene Meinung verstecken.

200 SchülerInnen solidarisieren sich mit dem LehrerInnenstreik.

1. Erste Ausgabe von Red Brain: <http://www.klassegegenklasse.org/red-brain-nr-0/>

2. Johnny Hippmann: Ein rotes Gehirn für die Schule. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 2. <http://www.klassegegenklasse.org/ein-rotes-gehirn-fur-die-schule/>



Wie im Mittelalter...

Studentische Kämpfe gegen ständische Pseudodemokratie an den Unis und marxistische Alternativen für die Studierendenbewegung

von **K.A. Stern** (RIO, Berlin)

Nach den großen Bildungstreiks in den Jahren 2009 und 2010 haben die deutschen Universitäten keine großen Kämpfe der Studierenden mehr gesehen.¹ Viele AktivistInnen der „alten“ Generation haben sich zurückgezogen, die Neuen haben ihre Kämpfe noch nicht begonnen. Wir von RIO (als überwiegend studentische Gruppe) konnten jedoch im letzten Jahr an kleineren Kämpfen an zwei Universitäten teilnehmen. Sowohl an der Münchner LMU als auch an der Berliner FU handelte es sich um demokratische Kämpfe, in denen die Studierenden sich gegen die selbst für bürgerliche Verhältnisse zutiefst undemokratischen Strukturen wehrten.

An der Ludwigs-Maximilians-Universität intervenieren wir seit den Bildungstreiks als Teil des Arbeitskreis Gewerkschaften (AKG) des Studierendenkonvents. Im Sinne der Einheit von Arbeitenden und Studierenden versuchten wir mit unabhängigen Studierenden, Kämpfe an der Uni mit den Kämpfen der Lohnabhängigen zu verbinden. Unabhängige, linke Meinungsäußerungen in Verteidigung der Interessen der lohnabhängig Beschäftigten waren der studentischen Bürokratie ein Dorn im Auge und Mitte des Jahres wurde dem AKG das öffentliche Rederecht entzogen.² Später erregte die im Hinterzimmer ausgehandelte Entscheidung der Universitätsleitung, Annette Schavan – als Bildungsministerin verantwortlich für eine Reihe von neoliberalen Attacken – in den Hochschulrat der LMU zu berufen, Empörung bei den aktiven Studierenden.³ Mehre Fachschaften und Hochschulgruppen protestierten gegen diese Berufung, möglich geworden nur durch die undemokratischen Strukturen der Universität.

An der Freien Universität in Berlin wurde in ähnlicher Hinterzimmermanier im letzten Jahr vom Präsidium eine neue, repressive Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) entworfen. Durch den beharrlichen Widerstand von Studierenden, die über ein Semester lang mit aller Kraft die Sitzungen des Akademischen Senats sprengten, konnte das Präsidium sie allerdings erst im März diesen Jahres durchsetzen. Wir von RIO intervenierten im Rahmen von *Waffen der Kritik* in diese Proteste.⁴

In beiden Fällen wurden die Proteste im Wesentlichen von kleinen Kernen von AktivistInnen getragen. An der FU konnten sich durch die Teilnahme von hunderten Studierenden an den einzelnen Vollversammlungen und Blockaden Elemente einer Bewegung entwickeln. Jedoch an beiden Unis sahen wir Kämp-

fe gegen die undemokratischen Strukturen, die aufgrund ihrer unzureichenden Programmatik keine Aktivität der Massen der Studierenden entfalten konnten und damit letztlich nicht von Erfolg gekrönt waren. Welches Programm braucht aber nun eine kämpferische Studierendenbewegung?

Die Un-Demokratie an den Unis

An an den Unis sind die elementarsten Grundsätze auch nur bürgerlich-parlamentarischer Demokratie nicht umgesetzt. Konfrontiert mit einer linken Mehrheit unter den aktiven Studierenden infolge der 68er-Bewegung, stellte die herrschende Klasse mittels eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 sicher, dass in den universitären Gremien ihre Interessen durchgesetzt würden: Die absolute Mehrheit in den Akademischen Senaten wird von den ProfessorInnen gestellt, obwohl sie unter den Angehörigen der Universitäten immer klar in der Minderheit sind.

In manchen Teilen der BRD gingen die Herrschenden noch weiter: In Bayern ist die verfasste Studierendenschaft (Studierendenparlamente und Asten) ganz abgeschafft. Im restlichen Bundesgebiet ist sie durch das sogenannte hochschulpolitische Mandat darauf konditioniert, sich bloß mit universitärem Klein-Klein zu beschäftigen, zu „außeruniversitären“ politischen Themen darf sie sich nicht äußern.

Darüber hinaus werden die Studierenden durch die neoliberalen Angriffe der letzten Jahrzehnte (wie die Umstellung auf das Bachelor/Master-System) so stark atomisiert, dass für viele an die Wahrnehmung der demokratischen Rechte gar nicht zu denken ist: Wenn der Zeitplan voll ist mit immer neuem Unistress, der Notwendigkeit der Lohnarbeit und vielem mehr, wer soll dann noch die Zeit finden, sich außerdem an kraft- und zeitintensiven politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen?

Das Hinterzimmer

In den Kämpfen standen wir oft Seite an Seite mit engagierten AktivistInnen, von denen viele reformistisch oder vor allem autonom geprägt sind. Wir halten es aber für wichtig, innerhalb der AktivistInnen zu einer Klärung beizutragen, warum diese Strategien die Kämpfe beschränken und so letztlich in eine Sackgasse führen.

In den Kämpfen an der LMU und der FU konnten wir beobachten, wie sich studentische ReformistInnen unter dem Vorwand des Pragmatismus darauf konzentrierten, Arbeit in den Gremien zu machen. Man versuchte zum Beispiel an der FU, in Sitzungen des Akademischen Senats (AS) mit Anfragen und Anträgen zur Tagesordnung sowie durch Verhandlungen mit einzelnen ProfessorInnen die RSPO zu verhindern oder wenigstens abzuschwächen. Die Bewegung der Studierenden war dabei faktisch zur Unterstützung der Gremienarbeit da. Letztlich führt so etwas zu einer politischen Arbeit, in der sich einzelne Wenige, die Zeit und Nerven haben, die Paragraphen in die Schlacht zu reiten, abkoppeln von den Studierenden. Anstatt dem Aufbau breiten Widerstandes der Studierenden zu dienen, entwickelt sich so eine Hinterzimmerpolitik.

Autonome AktivistInnen, gerade an den Berliner Unis recht stark, setzen zwar in Worten deutlich mehr auf die Selbsttätigkeit der Studierenden, ihre politischen Konzepte führen in der Realität leider zum Gegenteil: Strukturiert im AStA und den Fachschaftsinitiativen haben sie eine deutlich breite Basis unter

1. Für eine ausführliche Bilanz der Bildungstreiks und ein marxistisches Programm für die Uni, siehe die Broschüre „Der Bildungstreik: Hintergründe, Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis“. <http://www.klassegegenklasse.org/der-bildungstreik/>.

2. AK Gewerkschaften: Erstreiten wir uns das Recht auf Redefreiheit und Meinungsäußerung! <http://akgewerkschaften.wordpress.com/2013/07/23/oeffentlichesrederechterstreiten/>.

3. AK Gewerkschaften: Stellungnahme zur Berufung der Elite- und Plagiatsministerin Schavan in den Hochschulrat der LMU. <http://akgewerkschaften.wordpress.com/2013/10/07/stellungnahme-des-ak-gewerkschaften-zur-berufung-der-elite-und-plagiatsministerin-schavan-in-den-hochschulrat-der-lmu/>.

4. Waffen der Kritik: Kleiner Aufstand an der FU. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. <http://www.klassegegenklasse.org/kleiner-aufstand-an-der-fu/>



den Studierenden. Doch da richten sie sich unglücklicherweise auch ein: Nicht nur, dass sie gerade an der FU Berlin in geradezu erschreckender Angst vor der möglichen Repression mit teilweise absurd technischen Diskussionen das hochschulpolitische Mandat durchsetzen; in den Kämpfen setzen sie auf kleine Gruppen von AktivistInnen, die nach Konsens- und Initiativprinzip arbeiten. Dadurch vereinzeln sie aber die Kämpfenden und schließen faktisch Studierende von der Aktion aus, die nicht an langen AktivistInnentreffen teilnehmen und alles stundenlang bis zum Konsens ausdiskutieren können. Dagegen betonen wir als MarxistInnen, dass die Kämpfe auf Vollversammlungen aller kämpfenden Studierenden diskutiert werden müssen: Diese sind Räume, an denen die Schritte diskutiert und in demokratischen Mehrheitsentscheidungen beschlossen werden müssen, die SprecherInnen der Kämpfe müssen ebenfalls demokratisch gewählt und wenn nötig auch abgewählt werden können.

Rückzug in die Uni?

Die Organisierung und das Bewusstsein der Studierenden sind zweifellos am Boden. Die kapitalistische Atomisierung verhindert eine breite Beteiligung an gemeinsamen Kämpfen, seien sie an der Universität selbst oder außerhalb ihrer. Zudem führt die bürgerliche Ideologie zu einem unerträglichen Bewusstsein, man gehöre zu den „Chefs von Morgen“, wodurch die Mehrheit der Studierenden nicht ihre gemeinsamen Interessen mit den Lohnabhängigen erkennt und somit auch nicht die Notwendigkeit, diese zu unterstützen und sich mit ihnen zu verbinden. Dabei ist ein Großteil der Studierenden schon jetzt dazu gezwungen, zu arbeiten, und die allermeisten von ihnen werden nach dem Studium in prekären Verhältnissen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Die vorherrschenden Vorstellungen unter studentischen AktivistInnen, sei es in den Bildungsstreiks oder in den aktuellen demokratischen Kämpfen, kann dem nicht viel entgegensetzen. Die Utopie einer freien, selbstbestimmten Bildung, quasi eines Freiraums Uni, ist eine Überbetonung des Humboldtschen Bildungsideals, das bereits von Marx als losgelöst von der realen so-

zialen Situation der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung erkannt wurde. Wir als Studierende können eben nicht im Kapitalismus einfach nur für uns lernen – wir brauchen eine Orientierung auf die lohnabhängige Mehrheit, die ArbeiterInnenklasse.

Es ist für uns MarxistInnen unzweifelhaft, dass wir die Demokratisierung der Uni nicht ohne die Beschäftigten an der Uni selbst erkämpfen können – letztlich nicht ohne die Werktätigen insgesamt. Wollen wir eine Universität, in der die Studierenden nicht im Sinne des Kapitals ausgebildet werden, müssen wir das Programm einer Uni im Dienste der Unterdrückten aufstellen.

Das heißt zum Einen: Die Universität im Kapitalismus dient der Ausbildung hoch qualifizierter ArbeiterInnen und Intellektuellen für das Kapital – eine kämpferische Studierendenbewegung muss der Ort der Ausbildung von Kadern und Intellektuellen der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Schichten der Bevölkerung sein.

Zum Anderen: Wenn die Demokratisierung der Uni ohne die Lohnabhängigen nicht zu machen ist, müssen wir auch die fortschreitende Elitisierung der Universitäten im Allgemeinen angreifen. Ein zentraler Punkt einer kämpferischen Studierendenbewegung muss die Öffnung der Universitäten sein: Mit der Abschaffung des NCs muss ein breiter Zugang zur Uni ermöglicht werden. Sie muss ein Raum werden, wo alle, die wollen, hohe Bildung genießen können, unabhängig davon, ob sie aus AkademikerInnenhaushalten oder den Kernsektoren der ArbeiterInnenklasse kommen. Die Uni muss von den Arbeitenden und Lernenden selbst kontrolliert werden. Wir müssen fordern, dass jedeR Angehörige der Uni eine Stimme hat, im Gegensatz zu der jetzigen erzwungenen Überrepräsentation der ProfessorInnen.

Eine Universität im Dienste der Unterdrückten kann auch ganz praktisch sein: Als die ArbeiterInnen der mittlerweile emblematischen Keramikfabrik Zanon in Neuquén (Argentinien) in Reaktion auf die Schließung die Produktionsmittel an sich rissen und seitdem in Selbstverwaltung produzieren, stellten Studierende und Beschäftigte der örtlichen Universität ihr technisches Wissen zur Verfügung, damit die ArbeiterInnen den Produktionsprozess reorganisieren und verbessern konnten.⁵ Darüber hinaus haben Studierende enorme Möglichkeiten, ArbeiterInnen bei Streiks und Kämpfen zu unterstützen, nicht nur in Buenos Aires bei dem Streik in der Lebensmittelfabrik Kraft im Jahr 2009, als sich hunderte Studierende an Blockaden der zentralen Zufahrtsstraßen beteiligten, sondern auch beispielsweise beim aktuellen Streik im Einzelhandel, wo Studierende der Berliner Universitäten regelmäßig an Streikposten teilnehmen und dort zum Beispiel Aktionen tragen, die die Beschäftigten selbst aus Angst vor Repression durch die Bosse nicht durchführen wollen oder können.⁶

Letztendlich brauchen wir auch hier eine starke und breite Mobilisierung in der Gesellschaft, ein Bündnis mit der ArbeiterInnenklasse. Denn eine wirklich freie Bildung kann es nur in der freien, klassenlosen Gesellschaft geben.

ZUM WEITERLESEN

Kleiner Aufstand an der FU (Bilanz der RSPO-Proteste)

→ www.klassegegenklasse.org/kleiner-aufstand

Waffen der Kritik (Berlin/Potsdam)

→ waffenderkritik.wordpress.com

AK Gewerkschaften (München)

→ akgewerkschaften.wordpress.com



**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

5. Siehe die Broschüre: „Zanon gehört den ArbeiterInnen!“ <http://www.klassegegenklasse.org/broschue-zanon-gehört-den-arbeiterinnen/>.

6. Wlodek Flakin: Studierende in Solidarität mit den Streiks. <http://www.klassegegenklasse.org/studierende-in-solidaritat-mit-den-streiks/>

Im Schatten des Imperialismus

Zum Zusammenhang von Migration, Rassismus und deutschem Großmachtstreben

von **Baran Serhad** (RIO, München)

Der Kampf der Non-Citizens kam in den letzten Monaten sowohl in Berlin als auch in München in unterschiedlich radikalen Formen zum Ausdruck: Es gab trockene Hungerstreiks, Protestmärsche und die Besetzung des DGB-Hauses in München. Dieser Kampf ist Teil einer breiteren Bewegung von Geflüchteten in vielen Städten der BRD, die sowohl um die Anerkennung ihrer Asylanträge ringen, als auch die gesetzliche Diskriminierung bekämpfen.

Der deutsche Imperialismus, der weltweit eine wichtige ausbeuterische Rolle spielt, verursacht – wie die anderen imperialistischen Zentren – mittels Kriegen, Waffenexporten und Krisen Armut, Flucht und Vertreibung in der Peripherie. In Folge dessen sehen sich viele Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um sich ein gutes Leben schaffen zu können.

Die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die sich im sechsten Jahr befindet, hat zu einem starken Anwachsen der Arbeitsmigration in die BRD geführt. Darunter befinden sich zum einen gut ausgebildete junge Menschen aus dem Spanischen Staat, Italien, Portugal und Griechenland, die in der BRD im Vergleich zur Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern einen besseren Lebensstandard – auch wenn dieser meist prekär ist – erlangen wollen. Das deutsche Kapital nutzt die qualifizierten Teile der ArbeitsmigrantInnen als billige Arbeitskräfte aus, um mittels Integration in die Produktion die Akkumulation des Reichtums voranzutreiben.

Imperialistische Staaten wie die BRD dehnen sich in den Halbkolonien und Kolonien aus und akkumulieren dadurch Reichtum. Während die Großmächte in diesen Ländern Armut und Perspektivlosigkeit produzieren, wecken sie jedoch auch Erwartungen an ein besseres Leben im Zentrum.

Deshalb spielen die sogenannten „Flücht-

lingsströme“ aus der Peripherie eine wichtige Rolle in der Arbeitsmigration. Doch die Hoffnungen des größten Teils der MigrantInnen auf ein Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung werden oft vernichtet, da die rassistische Gesetzgebung in der BRD die Integration in die Gesellschaft und den Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich erschwert. Stattdessen sind die ZuwanderInnen oftmals von Abschiebung bedroht. Entweder befinden sie sich, wie die Non-Citizens, isoliert und eingesperrt in Heimen mit Residenzpflicht, oder sie leben wie im illegalisierten Status wie zum Beispiel bulgarische TagelöhnerInnen. Gleichzeitig sterben Geflüchtete vor den europäischen Grenzen durch die Abschottungspolitik der EU-Staaten, die von der BRD forciert wird.

Illegalisierte Lohnabhängige sind der am meisten entrechtete Teil der ArbeiterInnenklasse in der BRD. Einige von ihnen sind als Asylsuchende gemeldet und unterliegen damit dem Arbeitsverbot, viele weitere sind gezwungen, sich mit illegalisierter „Schwarzarbeit“ über Wasser zu halten. Die Schikane gegen Asylsuchende dient auch dazu, die Löhne der restlichen illegalisierten ArbeiterInnen und damit der ArbeiterInnenklasse insgesamt zu drücken.

Die rassistische Aufteilung des Arbeitsmarktes und die rassistische Gesetzgebung bezüglich der Asylbewerbungen und Aufenthaltstitel schließen viele MigrantInnen vom Arbeitsmarkt aus. Selbst Menschen aus EU-Ländern wie Bulgarien und Rumänien, die ihre Heimat aufgrund von Arbeitslosigkeit und Armut verlassen, sind hier in Deutschland häufig illegalisiert beschäftigt: Als TagelöhnerInnen arbeiten sie häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie warten täglich auf der Straße auf Jobs, um ihre Arbeitskraft für einen Hungerlohn zu verkaufen. Gleichzeitig erleben sie rassistische Repressionen mittels polizeilicher Kontrollen und Beschimpfungen. Zuletzt wurden am 21. Oktober ungefähr

Geflüchtete im trockenen Hungerstreik vor dem Brandenburger Tor.



30 „illegale“ Lohnabhängige von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) im Münchener Hauptbahnhofviertel kontrolliert, bekamen Arbeitsverbot und wurden gezwungen, grüne Kennzeichnungsarmbänder zu tragen.¹

Häufige Proteste

Proteste von Geflüchteten sind in Deutschland in den letzten Monaten immer häufiger geworden. Nach Hungerstreiks in München und Berlin waren zuletzt auch Geflüchtete aus dem AsylbewerberInnenheim Böbrach, die aufgrund ihrer unerträglichen Wohnsituation über eine Woche vor dem bayerischen Sozialministerium protestierten, am 6. November in den Hungerstreik getreten.²

In Hamburg fordern die Lampedusa-Geflüchteten seit Monaten das Bleiberecht mit großen Demonstrationen und Protestaktionen. Ein wesentlicher Faktor bei ihrer Flucht war der NATO-Krieg in Libyen: Durch den Krieg für die Interessen der imperialistischen Mächte waren viele Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Kriegsgeflüchteten, die die Überfahrt nach Europa überlebten, wurden in Italien als AsylantInnen anerkannt. Aber die katastrophalen Bedingungen für Geflüchtete in Italien sowie die schlechte Wirtschaftslage, die für sie keine Arbeitsmöglichkeiten bietet, haben sie dazu bewegt, nach Deutschland zu kommen. Der deutsche Staat weigert sich, die Kriegsgeflüchteten aufzunehmen.

80 Lampedusa-Geflüchtete befinden sich seit Anfang Juni 2013 in der Hamburger St.-Pauli-Kirche. Sie lebten vorher unter menschenunwürdigen Bedingungen auf Hamburgs Straßen und Plätzen. Der Hamburger Senat beauftragte die Polizei, rassistische Kontrollen durchzusetzen. In vielen Stadtteilen Hamburgs werden Menschen mit dunkler Hautfarbe seitdem regelmäßig kontrolliert, die Lampedusa-Geflüchteten werden immer wieder willkürlich bis zu 24 Stunden festgesetzt und müssen ihre Fingerabdrücke abgeben.³ So bereitet sich der Senat auf die Abschiebung von Kriegsgeflüchteten zurück nach Italien vor. Als Antwort auf die rassistischen Kontrollen gehen die Lampedusa-Geflüchteten mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung auf die Straßen, um das Bleiberecht zu erkämpfen.

Da der Imperialismus keine endgültige Lösung für die Arbeitsmigration anbieten kann, versucht er, die Mauern um seine Grenzen höher zu machen. Seit den 70er Jahren stoppen die meisten europäischen Staaten die Arbeitsimmigration und verschärfen die Gesetzgebung, um die MigrantInnen zu zwingen, das Land zu verlassen. Heute richtet Frontex (die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) Lager in den nordafrikanischen Ländern ein und nimmt hunderte Tote im Jahr durch Schiffssenkungen im Mittelmeer bewusst in Kauf. Nach den Pressemitteilungen von Fortress Europe starben seit 1988 entlang der europäischen Grenzen mindestens 19.144 ImmigrantInnen, davon sind 8.822 Leichen immer noch im Mittelmeer verschollen.⁴

Rückkehr zum Individualismus

Der Kampf der Non-Citizens, der unter den bisherigen Bewegungen von Geflüchteten in Deutschland eine besondere Stellung einnimmt, erreichte eine neue Phase, als sie am 9. Oktober 2013 in Berlin am Brandenburger Tor in einen weiteren Hungerstreik traten. Die Phasen des Kampfes bis zur Besetzung des DGB-Hauses in München haben wir in der letzten Ausgabe

dieser Zeitschrift analysiert, um die Grenzen des Kampfes und die Möglichkeiten zur Verbindung mit den anderen Sektoren der ArbeiterInnenklasse in der BRD hervorzuheben.⁵ Hier stach vor allem die Besetzung des Münchner DGB-Hauses durch die Non-Citizens hervor, weil dieser Aktion die Forderung zu Grunde lag, mit den Gewerkschaften, das heißt mit der organisierten ArbeiterInnenbewegung, eine breite gesellschaftliche Bewegung zur Durchsetzung des demokratischen Programms der Geflüchteten aufzubauen. Die Rückkehr zu individualisierten Kampfformen wie dem Hungerstreik sehen wir kritisch – ohne dabei unsere Solidarität in Frage zu stellen.

Die Non-Citizens müssen wie andere Geflüchtete unter besonders repressiven Bedingungen leben: Die Bedrohung von Abschiebung, Residenzpflicht, Einsperrung in den Heimen, Arbeitsverbot usw. Ihrer Ausgrenzung und Entrechtung haben sie mit progressiven Forderungen, die weit über eine individuelle Anerkennung ihrer Asylanträge hinaus gingen, wie dem Stopp aller Abschiebungen, der Abschaffung der Residenzpflicht und der Schließung aller Asylsuchenden-Lager, großen Widerstand entgegengesetzt.

Die Phase der Besetzung des Münchener DGB-Hauses durch die Non-Citizens war eine kurzfristige Wende in ihrer Kampfform, nachdem sie aus einer Phase des Hungerstreiks kamen. Diese Aktion barg ein großes Potential für eine Ausweitung des Kampfes auf weitere gesellschaftliche Sektoren, da sie von den Gewerkschaften Klassensolidarität forderte. Hier zeigten sich Konflikte innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie, aber auch die Grenzen dieser Aktion, solange keine Basisbewegung in den Gewerkschaften entsteht, die ihre Führungen unter Druck setzen kann, um diesen Kampf aktiv zu unterstützen.

Grenzen der Non-Citizens

Doch es zeigte sich noch eine weitere Beschränkung: Weil die weitere Orientierung auf die Gewerkschaften, auch wenn sie strategisch notwendig ist, keinen kurzfristigen Erfolg versprach, kehrten die Non-Citizens Anfang Oktober in Berlin wieder zu der isolierenden und individualisierten Kampfform des Hungerstreiks zurück. Sie taten dies unter äußerst schlechten Bedingungen, weil sie auch keine einheitliche Kampffront mit den in Berlin gerade sehr aktiven Lampedusa-Geflüchteten aufbauen konnten, weil sie die Forderung des Hungerstreiks auf die Anerkennung der Asylanträge der Teilnehmenden begrenzt hatten. Der Hungerstreik wurde nach dem elften Tag beendet, und dadurch wurden sie wieder in die Isolation zurückgeworfen. Eine zentrale Lehre hieraus muss also auch die Orientierung auf die Einheit aller Geflüchteten sein.

Das Bewusstsein der Non-Citizens ist in diesem Zusammenhang besonders heterogen und dynamisch. Es durchläuft verschiedene Phasen, in denen es zwischen Individualismus und Klassensolidarität schwankt, wie wir in den unterschiedlichen Situationen in Berlin und München sehen konnten. Diese Schwankungen haben ihre objektive Bedingung im gewaltigen Druck durch die Bedrohung von Abschiebung und rassistischer Repression sowie in der ständigen Neuzusammensetzung der Kämpfenden.

Während des Kampfes haben die Non-Citizens aufgrund der subjektiven und objektiven Bedingungen mehrere Taktiken verwendet, um mindestens Teile ihrer Forderungen erreichen zu können. Wir stehen dabei voll hinter den demokratischen Forderungen dieser Bewegung, doch wir halten es für notwendig, eine Reflexion über die strategische Perspektive zu beginnen. Denn der Verzicht auf das Einbringen einer strategischen Perspektive durch die solidarischen AktivistInnen im Namen der „Nicht-Vereinnahmung“ spielte ebenfalls eine wesentliche

5. Friedrich Jäger und Marius Weizenberger: Der Kampf der Non-Citizens. Klasse gegen Klasse Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/der-kampf-der-non-citizens/>.

1. BR: Schwarzarbeiterkontrolle. Präventionsmaßnahme oder Schikane? 31. Oktober 2013. <http://www.br.de/radio/b5-aktuell/sendungen/interkulturelles-magazin/bulgarische-tagelohner-in-muenchen-100.html>.

2. SZ: Flüchtlinge treten in den Hungerstreik. 6. November 2013. <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/protest-vor-bayerischem-sozialministerium-fluechtlinge-treten-in-hungerstreik-1.1812196>.

3. Junge Welt: Afrikaner unerwünscht. <http://www.jungewelt.de/2013/10-17/045.php>.

4. Fortress Europe: Festung Europa. <http://fortresseurope.blogspot.de/2006/01/festung-europa.html>.

Rolle bei der Rückkehr in die Isolation, da sie die Bilanzierung und Reflexion über die Solidaritätsform verweigert haben, und die Solidarität nur auf logistische und finanzielle Unterstützung beschränkten. Der Paternalismus in weiten Teilen der Linken gegenüber Menschen ohne Aufenthaltsrecht, gegen den sich die Non-Citizens richtigerweise kräftig positionieren, kann aber nicht durch Verweigerung der politischen Diskussion überwunden werden. Die Überwindung des Paternalismus besteht in der Anerkennung und Verteidigung der Selbstorganisation aller unterdrückten Sektoren bei der gleichzeitigen Aufnahme und Verallgemeinerung ihrer Forderungen in ein politisches Programm, das die Bedingungen ihrer Unterdrückung im Imperialismus bekämpft. Die jetzige Situation des Kampfes ist ein Ausdruck der falschen Strategie.

Einheit der ArbeiterInnenklasse

Die Bourgeoisie beabsichtigt die Aufrechterhaltung der Konkurrenz und die Spaltung der ArbeiterInnenklasse mittels sexistischer und rassistischer Politik. Die Rassismus-Karte der deutschen Bourgeoisie spielt im Rahmen der Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Prekarisierung eine wichtige Rolle. Gleichzeitig mit den aktuellen Kämpfen der Geflüchteten streiken aber auch ArbeiterInnen aus verschiedenen Sektoren gegen Prekarisierung, wie im Einzelhandelsstreik, im LehrerInnenstreik, im Amazon-Streik oder im Kampf der Opel-ArbeiterInnen gegen die Schließung des Bochumer Werkes. Wir halten es für notwendig, diese Kämpfe als Ausgangspunkt für eine breitere Mobilisierung in der ArbeiterInnenbewegung für einen koordinierten Kampf gegen die voranschreitende Prekarisierung zu nutzen. Dazu gehört für uns auch, dass die ArbeiterInnenbewegung die demokratischen Forderungen der Geflüchteten aufnimmt und so einen Schritt in Richtung Vereinigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten unter dem Banner der ArbeiterInnenklasse macht. Das bedeutet natürlich auch einen Kampf innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gegen Rassismus und Chauvinismus.

Die Forderungen der Geflüchteten müssen verallgemeinert werden und sich in letzter Instanz gegen den bürgerlichen Staat insgesamt richten. Dazu müssen die demokratischen Forderungen der Geflüchteten auf Anerkennung aller Asylanträge, vollständiges Bleiberecht und volle Bewegungsfreiheit in der ganzen BRD, volles Arbeitsrecht, das Recht auf eine Wohnung statt Einsperrung in den Heimen und die Schließung der AsylbewerberInnenheime sowie weitere Forderungen wie nach dem Recht auf mehrfache Staatsbürgerschaft, dem Wahlrecht auf allen Ebenen und der Anerkennung aller im Ausland gemachten Schulabschlüsse, verbunden werden mit einem Programm gegen Prekarisierung, gegen die kapitalistische Krisen-

Die Aufhebung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse ist notwendig, um Rassismus und Sexismus bekämpfen zu können.

politik und gegen die Regierung.

Die prekäre Situation von Teilen der ArbeiterInnenklasse in der BRD war aber auch nur durch die Kollaboration reformistischer Parteien und Gewerkschaftsführungen bei den Angriffen wie der Agenda 2010 möglich. Gerade die Gewerkschaftsbürokratie, die ihre eigenen Privilegien aufrecht erhalten will, hat die Verteidigung der Errungenschaften der ArbeiterInnen verhindert. Ein Beispiel dafür ist die Duldung der Leiharbeit durch die Bürokratien der DGB-Gewerkschaften. Wir haben daher die Aufgabe, in den Gewerkschaften für ein revolutionäres Programm einzutre-

ten, die Gewerkschaftsbürokratie vor den ArbeiterInnen bloßzustellen und eine basisdemokratische, klassenkämpferische und antibürokratische Strömung aufzubauen. Letztlich haben die GewerkschaftsbükratInnen kein Interesse daran, die Forderungen der entrechteten Teile der ArbeiterInnenklasse mehr als nur symbolisch aufzunehmen. Daher müssen wir und die aktive Basis der Gewerkschaften sie unter Druck setzen – die DGB-Hausbesetzung in München war ein erster Schritt dazu. Dort waren die BürokratInnen zu – wenn auch begrenzten – Zugeständnissen gezwungen, obwohl vorher sowohl linke als auch rechte Teile der Bürokratie mit polizeilicher Räumung gedroht hatten.

Wir müssen die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnenklasse erkennen, während die Prekarisierung sich stark ausweitet und die am meisten entrechteten Teile der ArbeiterInnenklasse mit rassistischen Mitteln angegriffen werden. Als die Non-Citizens während der Besetzung des DGB-Hauses in München eine Soli-Botschaft an die streikenden ArbeiterInnen des Opel-Werks in Bochum gesendet haben, unternahmen sie einen symbolischen, aber wichtigen Schritt der Klassensolidarität.⁶

Auch die Linkspartei solidarisiert sich auf der symbolischen und finanziellen Ebene mit den Geflüchteten. Dennoch kann und muss die Linkspartei noch viel mehr tun: Sowohl auf der Ebene der Mobilisierung als auch indem sie die Kämpfe dieser Sektoren mit ihren unmittelbaren Forderungen, die sich im außerparlamentarischen Rahmen befinden, in Form von Gesetzentwürfen ins Parlament einbringen. Die Linkspartei hat die Aufgabe, ihre Position im Parlament als ein Podium im Dienste der unterdrückten Sektoren zu benutzen. Letztlich wird diese Perspektive jedoch nur gegen den Widerstand der Linkspartei-Bürokratie durchgesetzt werden können.

Zusammenführung der Kämpfe

Die Zusammenführung der Kämpfe muss auf der programmatiscen Grundlage der Vereinigung der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Teile der Gesellschaft gegen den Kapitalismus erfolgen. Die Aufhebung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse ist notwendig, um Ausbeutung, Rassismus, Sexismus, Repression und Prekarisierung bekämpfen zu können. Während Geflüchtete von Abschiebungen bedroht sind und im Alltag rassistische Angriffe erleben, befinden sich große Teile der ArbeiterInnenklasse in der BRD in prekarierten Arbeitsverhältnissen. Die deutsche Bourgeoisie beabsichtigt damit die Aufrechterhaltung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und die Drückung der Lohnstückkosten. Auch wenn Geflüchtete das Arbeits- und Bleiberecht bekommen, sind sie weder von Rassismus noch von Ausbeutung befreit, da der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufrechterhalten wird.

Der bürgerliche Staat wird niemals darauf verzichten, Staatsgrenzen zu überwachen. Der Kampf für die Einheit der ArbeiterInnenklasse ist unter anderem ein Kampf für die Aufhebung der Differenzierungen innerhalb der Klasse, weshalb der Kampf gegen Prekarisierung in Sektoren wie zum Beispiel dem Einzelhandel nicht von der Aufnahme der demokratischen Forderungen der illegalisierten ArbeiterInnen getrennt werden kann. Nur mit der Klassensolidarität der internationalen Lohnabhängigen, der Studierenden, der an den Rand gedrückten und am meisten entrechteten Teile der Gesellschaft können wir eine revolutionäre Antwort auf den Hauptfeind geben. Nur vereint mit der revolutionären Perspektive der ArbeiterInnenklasse können wir den Kapitalismus bezwingen!

6. AK Gewerkschaften: München – Bochum. Die Unterdrückten und ArbeiterInnen sind aufgestanden. <http://akgewerkschaften.wordpress.com/2013/09/13/munchen-bochum-die-unterdrueckten-und-arbeiterinnen-sind-aufgestanden/>.

Einzelhandel: Streik muss gewonnen werden!

von **Wladek Flakin** und **Markus Oliver**
(RIO Berlin/Potsdam)

Im deutschen Einzelhandel wird seit mehreren Monaten gestreikt. Auch wenn das Fehlen einer koordinierten Gegenwehr offensichtlich ist, ist die Kampf-moral zahlreicher KollegInnen ungebrochen. Denn die KapitalistInnen des Handelsverbandes (HDE) wollen durch die Kündigung aller Tarifverträge am Anfang dieses Jahres nicht weniger als die massive Senkung der Löhne und Flexibilisierung der Arbeitszeit von mehr als drei Millionen Beschäftigten durchsetzen. Liegt der niedrigste Stundenlohn im Tarifvertrag des Einzelhandels zur Zeit bei knapp 11 Euro, soll laut den Plänen der Konzerne eine neue Niedriglohngruppe nur 8,50 pro Stunde verdienen. Dazu drohen massive Kürzungen bei Weihnachtsgeld sowie Spät- und Nachtzuschlägen. Außerdem soll die Planbarkeit der Schichtpläne auf null gesetzt werden, sodass Beschäftigte praktisch jederzeit abrufbar wären.

Von dieser Tarifrunde ist jeder elfte Arbeitsplatz in der BRD betroffen. Bereits jetzt stellt dieser Sektor die Speerspitze bei der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse dar: 40% arbeiten in Teilzeit, und jedes Jahr werden 1,5 Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben, damit Einzelhandelsbeschäftigte ihre Löhne auf Hartz IV-Niveau aufstocken können. Der Staat subventioniert die Lohnkosten, und so ist es kein Wunder, dass unter den reichsten Menschen der BRD die ersten drei Plätze von BesitzerInnen von Einzelhandelsketten belegt sind. Befristete Verträge sind auch die Norm – statistisch gesehen hat die Modekette H&M alle fünf Jahre eine komplett neue Belegschaft. Besonders Frauen sind von diesen Bedingungen betroffen, da sie zwei Drittel der Belegschaft im Einzelhandel ausmachen.

Deshalb müsste sich der Streik auch gegen die voranschreitende Prekarisierung richten, die die Arbeits- und Lebensbedingungen einer ganzen Generation verschlechtert hat, und die Brücke zu anderen Sektoren wie Amazon schlagen. Doch die Gewerkschaft ver.di verzichtet auf eine ernsthafte Koordinierung des Streiks. In jedem Bezirk gibt es unterschiedliche Forderungen, Verhandlungen und Kampfrhythmen. Die Bürokratie der

Gewerkschaft betont auch, dass sie für eine „Reform“ oder eine „Modernisierung“ des Tarifvertrages offen wäre, wenn die sogenannten „Arbeitgeber“ sich endlich an einen Tisch setzen würden. Angesichts dieses historischen Angriffs fordert die Gewerkschaft, dass die Gegenseite „ihren Teil zur Lösung beiträgt“!¹

Stattdessen braucht es einen Kampfplan, der in der Belegschaft diskutiert und entschieden wird, der den Streik ausweitet und vor allem die Aktionen in der umsatzwichtigen Weihnachtszeit intensiviert. Dazu können auch Streiks in Logistikzentren dienen – ohne Ware können noch so viele StreikbrecherInnen in der Filiale sein. Nicht, um einen „Teil zur Lösung“ beizutragen, sondern um den gesamten Angriff abzuwehren.

Während des Streiks gab es schon in manchen Läden spannende Protestformen.² Doch die Mobilisierungen sind klein und es gibt keine systematischen Versuche, die Basis zu aktivieren. Es gibt zwar linkere Teile des ver.di-Apparats, die von „Partizipation“ und „Demokratisierung“ im Streik reden,³ doch das bedeutet nur, die Basis nach ihrer Meinung zu fragen, bevor der Apparat alle relevanten Entscheidungen trifft. Bei ver.di verdient der Vorsitzende Frank Bsirske ein Jahresgehalt von weit über 200.000 Euro. Es ist offensichtlich, dass er dadurch andere Interessen hat als ein/e Verkäufer/in im Einzelhandel. Seine Bürokratie ist nicht die Vertretung der Lohnabhängigen, sondern vielmehr eine Vermittlung zwischen Kapital und Arbeit. Deswegen müssen die Betroffenen selbst und nicht eine abgehobene Bürokratie über das Ergebnis des Streiks entscheiden.

Die Streikenden bekommen Solidarität von vielen Seiten. So haben Vertrauensleute bei Daimler in Stuttgart die Schuhabteilung einer bestreikten Kaufhof-Filiale lahmgelegt, und auch viele Studierende unterstützen die Streikaktionen. *Waffen*

1. ver.di: Beschäftigte im Einzelhandel brauchen echte Reform. <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++a8f3fc32-3ca9-11e3-b5d0-52540059119e>
2. Wladek Flakin: Blitz trifft H&M. <http://www.jungewelt.de/2013/11-16/003.php>
3. Mark Turm: Eine Konferenz für die Bürokratie. <http://www.klassegegenklasse.org/eine-konferenz-fur-die-burokratie/>

der Kritik, eine marxistische Hochschulgruppierung, die von RIO und unabhängigen Studierenden gebildet wird, bemüht sich um eine kontinuierliche Solidarität für den Streik. Auch die Blockupy-Plattform der Interventionistischen Linken und Linke.SDS von der Linkspartei besuchen die Streikposten. Allerdings wurden unsere Vorschläge eines einheitlichen studentischen Solidaritätskomitees bisher besonders von Linke.SDS abgelehnt.

Wir denken, dass Solidarität nicht nur dazu dienen soll, eine Bewerbungsmappe für einen gut dotierten Posten im Gewerkschaftsapparat auszufüllen. Studentische Solidarität soll den Mut der Basis stärken und ihre Selbstorganisation vorantreiben, damit sie ihre eigenen Interessen auch unabhängig von der Bürokratie formulieren können. Doch nicht nur studentische Organisationen, sondern vor allem auch Parteien wie die Linkspartei müssen eine Kampagne organisieren, um den Streik bekannter zu machen und auszuweiten, auch wenn uns klar ist, dass es gerade die Linkspartei war, die in Berlin die Sonntagsarbeit ermöglicht hat.

Es ist gut möglich – trotz der aufopfernden Aktivität von unzähligen KollegInnen –, dass die ver.di-Führung einer „Lösung“ zustimmt, die reale Verschlechterungen für die Beschäftigten beinhaltet. Gegen diese Gefahr brauchen wir lebendige Streikversammlungen an jedem Streiktag, in denen die KollegInnen den Kampf in ihre eigenen Hände nehmen und verbindliche Entscheidungen treffen können. Wir brauchen eine antibürokratische Bewegung in den Gewerkschaften, die dafür eintritt, dass alle FunktionärInnen direkt von der Basis gewählt werden, den Durchschnittslohn eines/r Facharbeiters/in verdienen und ihre Posten nach einem Rotationsprinzip besetzen. Nur so können sich die Gewerkschaften wieder in Kampforgane der ArbeiterInnen verwandeln, die effektiv die Angriffe des Kapitals verhindern können.

Der Streik im Einzelhandel ist aktuell ein zentrales Kampffeld zwischen Arbeit und Kapital in diesem Land. Sollte sich der HDE durchsetzen, wird das auch Angriffe auf weitere Sektoren und die Verschärfung der Prekarisierung bedeuten. Deswegen muss die revolutionäre Linke alles in diesen Kampf hineinwerfen – was bisher viel zu wenig geschieht.

Beschäftigte
bestreiken eine
H&M-Filiale.

**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

Welche Einheit brauchen wir?

Eine vorläufige Bilanz des Prozesses für eine „Neue Antikapitalistische Organisation“ und die Lehren für revolutionäre MarxistInnen

von **Wlodek Flakin** (RIO, Berlin)

Es ist soweit! Seit Ende Oktober besteht eine „Neue Antikapitalistische Organisation“ in Berlin. Vor mehr als zwei Jahren hatte die Sozialistische Initiative Berlin (SIB) eine Diskussion über eine neue antikapitalistische Organisation angestoßen. Wir von RIO waren damals aufgrund der diffusen programmatischen Grundlage und des mangelnden Bezugs zum Klassenkampf sehr skeptisch.¹ Die SIB zielte auf eine Organisation mit mindestens 600 Mitgliedern, die trotzkistische und autonomistische Traditionen zusammenführen würde.

Doch nach zwei Jahren und unzähligen Treffen haben gerade einmal drei Gruppen – die SIB selbst, die Gruppe Arbeitermacht (GAM) und die mit ihr verbundene Jugendorganisation REVOLUTION, sowie die internationale sozialistische linke (isl) – die Berliner NAO gegründet. Weitere Gruppen wie der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und noch kleinere trotzkistische und autonome Gruppen hatten sich an den Diskussionen beteiligt, lehnten aber die jetzige Gründung einer NAO ab.² Denn auch wenn häufig der Wunsch nach einer Vereinigung der radikalen Linken zu hören ist, tat sich der bisherige NAO-Prozess schwer, neue Leute anzuziehen. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass die gegründete NAO eine größere Ausstrahlungskraft haben wird.

Breite Antikapitalistische Parteien

Die Idee, eine „neue antikapitalistische Organisation“ zur Vereinigung linker Kräfte zu gründen, ist nicht neu. So gab es in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern Versuche, breite antikapitalistische Parteien aufzubauen. Auch wenn der NAO-Prozess in Deutschland aufgrund seiner geringeren Größe und seiner expliziten Ausrichtung an der radikalen Linken sicherlich nicht mit „breiteren“ Einheitsprojekten gleichzusetzen ist, lohnt sich eine Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen.

So hat sich beispielsweise die *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR) aus Frankreich im Jahr 2009 aufgelöst, um eine Neue Antikapitalistische Partei (NPA) zu gründen. Parteien wie die NPA haben keine klare Strategie und keine klare Klassenbasis – stattdessen zielen sie auf eine längerfristige Vereinigung von RevolutionärInnen und ReformistInnen. Diese Projekte wurden stark vom Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale vorangetrieben (VS, einer internationalen Strömung, zu der die LCR in Frankreich sowie der RSB und die isl in Deutschland gehören), das davon ausging, dass die Ära der Oktoberrevolution vorbei sei und dass eine revolutionäre Partei nicht mehr zeitgemäß sei.³

Die Entwicklung der breiten antikapitalistischen Parteien, die vom VS unterstützt werden, ist nicht glänzend. Die NPA wird zwischen ihren offen reformistischen und revolutionären Flügeln zerrieben und zählt heute weniger Mitglieder als die alte LCR.⁴ In manchen Ländern haben solche Parteien im Parlament Angriffe

auf die ArbeiterInnenklasse unterstützt: So haben die rot-grünen *Enhedslisten* in Dänemark für den Haushalt der sozialdemokratischen Regierung und damit für soziale Kürzungen gestimmt; der *Bloco de Esquerda* in Portugal stimmte für das „Rettungspaket“ für Griechenland und damit für die drakonischen Sparauflagen; die alte *Rifondazione Comunista* in Italien, die früher vom VS als Modell für die antikapitalistische Linke hochgehalten wurde, hat bereits im Jahr 2006 als Teil der Prodi-Regierung für Auslandseinsätze der italienischen Armee gestimmt – seitdem ist sie als politische Kraft verschwunden. Angesichts der Erfolglosigkeit solcher Versuche geht das VS dazu über, offen reformistische Parteien wie SYRIZA in Griechenland zu unterstützen (in dem Fall sogar gegen den Willen der griechischen VS-Sektion).

Die NAO in Deutschland ist natürlich weit entfernt von der Gefahr, Verantwortung für die Verwaltung des kapitalistischen Systems zu übernehmen. Denn sie zählt höchstens ein paar Dutzend Menschen in ihren Reihen und ist damit weit weg von irgendeiner Verantwortung in der ArbeiterInnenbewegung, geschweige denn von Sitzen im Parlament. Doch auch hier kommt das Konzept des VS zu tragen: Das Gebot der Vereinigung entstammt nicht aus gemeinsamen Erfahrungen im Klassenkampf oder aus konkreten Aufgaben der RevolutionärInnen, sondern aus der abstrakten Feststellung, dass es links von der Sozialdemokratie (in diesem Fall von der linken Sozialdemokratie der Linkspartei) einen „Platz“ gäbe, den es zu besetzen gelte.

Was ist die NAO?

Die SIB, die GAM/Revo und die isl haben sich auf ein programmatisches Manifest geeinigt, das zur Grundlage der neuen Organisation werden soll.⁵ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Text müssen wir uns an dieser Stelle sparen, aber wir können anhand anderer, bisher veröffentlichter Diskussionsbeiträge festhalten, dass es sich um einen Versuch handelt, marxistische Grundsätze in abstrakter Form wiederzugeben – Bezüge zu den zentralen Lehren des Klassenkampfes der letzten Jahre fehlen.⁶ Die Abstraktheit kann große politische Differenzen überdecken. Bei einer öffentlichen Debatte zur NPA mit uns im Juni dieses Jahres haben die GenossInnen der SIB das Ziel einer revolutionären Partei zugunsten einer gemeinsamen Partei von ReformistInnen und RevolutionärInnen abgelehnt. Angesichts der faschistischen Gefahr in Griechenland vertritt die SIB auch offen reformistische Positionen.⁷ Das sind grundlegende Differenzen zwischen der SIB und der GAM – aber sie wollen trotz dieser strategischen Differenzen eine organisatorische Einheit, im Rahmen einer sehr kleinen Organisation.

Welche politische Praxis konnte die NAO in den letzten zwei Jahren nun entwickeln, um ihre abstrakten Übereinstimmungen auszutesten? Neben einigen kleineren Veranstaltungen sind lediglich zwei Aktivitäten sind zu erwähnen, bei denen die NAO

1. RIO: Neue Revolutionäre ArbeiterInnenpartei! <http://www.klassegegenklasse.org/neue-revolutionare-arbeiterinnenpartei/>.

2. NAO: NaO-Prozeß geht künftig getrennte Wege. <http://nao-prozess.de/nao-prozess-geht-kuenftig-getrennte-wege/>

3. Claudia Cinatti: Welche Partei für welche Strategie? <http://www.ft-ci.org/Welche-Partei-fur-welche-Strategie-1544?lang=de>.

4. K.A. Stern: Neuer Antikapitalismus in der Krise. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 4. <http://www.klassegegenklasse.org/neuer-antikapitalismus-in-der-krise-die-npa/>.

5. Zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Artikels noch nicht veröffentlicht.

6. Und auch bei den Grundsätzen gibt es Unklarheiten über die Notwendigkeit des revolutionären Aufstandes, der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und der Diktatur der Proletariats. Siehe die sehr ausführliche Auseinandersetzung von DGS und systemcrash: http://theoriealspraxis.blogspot.de/images/Die_GAM_sagt_dem_Leninismus_Ade.pdf

7. Tino P. und Michael Sankari: Faschismus-Gefahr in Griechenland heute – wie 1930 in Deutschland? <http://nao-prozess.de/faschismus-gefahr-in-griechenland-heute-wie-1930-in-deutschland/>

öffentlichkeitswirksam als NAO auftrat: Sie organisierte eine Podiumsdiskussion im Januar 2013 zur Luxemburg-Liebkecht-Demonstration und zur Rosa & Karl-Demonstration⁸ – dabei haben die zwei Vertreter der NAO entgegengesetzte Positionen bezogen und gingen auf beide der konkurrierenden Demos! Im Juni 2013 organisierte die NAO eine Podiumsdiskussion im Berliner IG-Metall-Haus mit NPA-Anführer Olivier Besancenot und SYRIZA-Vertreter Charles-André Udry – die Veranstaltung war ein organisatorischer Erfolg mit 300 TeilnehmerInnen. Doch neben den Beiträgen der „Promis“ auf dem Podium gab es keine weitergehenden inhaltlichen Beiträge seitens des NAO-Prozesses. Udry konnte unwidersprochen für eine „linke Regierung“ von SYRIZA in Griechenland argumentieren. Diese scheinbar erfolgreiche Veranstaltung für eine Neue Antikapitalistische Organisation machte im Grunde reformistische Propaganda.

Darüber hinaus trat der NAO-Prozess nicht erkennbar als solcher in Erscheinung: Bei verschiedenen Interventionen im letzten Jahr kämpften Einzelpersonen und Gruppen aus dem NAO-Prozess für Solidarität für Griechenland, für die Streiks bei Neupack in Hamburg oder für die angestellten LehrerInnen in Berlin (was wir uneingeschränkt begrüßen), jedoch gab es keinerlei erkennbare NAO-Intervention dabei. Dieser faktische Verzicht auf eine gemeinsame Praxis ist unserer Ansicht nach fatal, denn nur durch tiefgründige gemeinsame Erfahrungen ist es möglich, unterschiedliche Strategien zu überprüfen und zu überwinden. Geschieht dies nicht, kann ein solcher Zusammenschluss bei einer Verschärfung des Klassenkampfes äußerst schnell wieder in die Krise geraten – die genannten Beispiele zeigen dies anschaulich.

Welche Einheit?

Bei aller Notwendigkeit von Einheit ist es unserer Ansicht nach ein großes Missverständnis, zu glauben, dass die radikale Linke eine gemeinsame Organisation bräuchte, um zusammenarbeiten zu können. Wir dagegen sind der Meinung, dass eine politische Organisation immer eine gemeinsame Strategie – ob bewusst oder unbewusst – voraussetzt. Wir haben zum Beispiel mit der SIB im Rahmen des Griechenland-Solikomitees Berlin zusammengearbeitet und konnten hin und wieder erfolgreiche Aktionen mitorganisieren. Doch wir haben riesige strategische Differenzen mit den GenossInnen, etwa bei der Frage, ob eine „linke Regierung“ von SYRIZA in Griechenland ein Ziel von RevolutionärInnen sein soll – diese unterschiedlichen Strategien können wir nicht im Rahmen einer Organisation verfolgen. Wir wollen mit den Gruppen im NAO-Prozess und möglichst vielen anderen eine Einheit in allen Aktionen, in denen wir gemeinsame Ziele teilen. Aber eine politische Organisation bilden wir anhand eines gemeinsamen Verständnisses der Lehren der wichtigsten Ereignisse des Klassenkampfes. Wir wollen nicht nur abstrakt über die marxistische Position zum Staat, sondern über die Konsequenzen für die Politik von RevolutionärInnen heute diskutieren.

So haben sich viele RevolutionärInnen neuen linksreformistischen Phänomenen angepasst: isl, SIB und GAM setzen in ab-

steigendem Ausmaß Hoffnungen in SYRIZA⁹ und das eröffnet Möglichkeiten für eine Vereinigung unter sich, jedoch nicht mit uns. Die GenossInnen der GAM und ihrer internationalen Strömung, der Liga für die Fünfte Internationale, argumentieren, dass RevolutionärInnen aus diesen Projekten neue revolutionäre Parteien schaffen können. Wir dagegen meinen, dass die eigene Erfahrung der LFI dagegen spricht: Die Neue Antikapitalistische Linke (NAL) in Tschechien führte nur dazu, dass die LFI ihre eigene Sektion verlor, und die Anticapitalist Initiative (ACI) in Großbritannien half nur ehemaligen LFI-Mitgliedern, mit ihrer revolutionären Vergangenheit zu brechen. Selbst in der NPA, wo die LFI einen Genossen hat, unterstützt sie die zentristische Plattform Y, anstatt die revolutionäre Plattform Z mit uns aufzubauen.

Aktuell ist zu beobachten, dass sich ein kleiner linker Flügel im Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale herausbildet, der gegen die rechte Entwicklung ihrer Führung Widerstand leistet. Dazu gehört die griechische Sektion *OKDE-Spartakos*, die Plattform Y in der NPA, die US-amerikanische Sektion *Socialist Action* und auch der RSB in Deutschland. Wir halten diese Entwicklung für interessant und suchen die Zusammenarbeit und die Diskussion gerade mit diesen Kräften – doch nicht in der Form einer überstürzten organisatorischen Einheit, und schon gar nicht im Rahmen eines „breiten“ Projektes zusammen mit ReformistInnen. Wir wollen aus gemeinsamen Erfahrungen und den Lehren des Klassenkampfes eine politische Vereinigung, die erst dann organisatorische Konsequenzen hätte. Das ist genau der Sinn des Aufrufs für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution – Vierte Internationale, den wir lanciert haben.

Die revolutionäre Methode

Genau diese Methode verwendete die Internationale Linke Opposition um Leo Trotzki, als sie in den 30er Jahren versuchte, nach der Degeneration der Komintern Kräfte für eine neue revolutionäre Internationale zu sammeln. Die „Erklärung der Vier“, die die ILO im Jahr 1934 zusammen mit vier zentristischen Organisationen unterschrieb, bestand nicht aus allgemeinen Aussagen über den Sozialismus und die Revolution, sondern arbeitete die Ereignisse der letzten Periode politisch auf und legte die Aufgaben der RevolutionärInnen für die nächste Periode fest. Deswegen betonten wir in unserem Manifest auch den BürgerInnenkrieg in Syrien und die Prozesse des „arabischen Frühlings“, das Hervortreten der ArbeiterInnenbewegung in Lateinamerika, und die Jugendbewegung in verschiedenen Teilen der Welt – das sind Themen, über die sich RevolutionärInnen einigen müssen, und über die sich die NAO-Gruppen nicht geeinigt haben, obwohl sie schon eine gemeinsame Organisation besitzen.

So möchten wir eine Einheit der Linken erreichen: Eine Linke, die für die völlige politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse von jedem Flügel der Bourgeoisie und auch von ihrem Staat kämpft; eine Linke, die konsequent auf eine sozialistische Revolution zielt; eine Linke, die taktisch flexibel ist und Zusammenarbeit mit allen Kräften der ArbeiterInnenbewegung anstrebt, jedoch keine Kompromisse mit ihrem Programm macht. Auf diesem Weg wollen wir die Vierte Internationale wieder aufbauen.

NPA-Anführer Besancenot spricht im Berliner IG-Metall-Haus vor 300 Menschen.

8. Wlodek Flakin: Rosa und Karl: Bündnis gegen Bündnis. <http://www.klassegegenklasse.org/rosa-und-karl-bundnis-gegen-bundnis/>.

9. Victor Jalava: Für eine linke Regierung? Klasse Gegen Klasse Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/fur-eine-linke-regierung/>.



1.200.000

Großer Erfolg der Front der Linken und ArbeiterInnen bei den argentinischen Wahlen:

Von **K.A. Stern** und **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Nur selten sprechen TrotzkiistInnen zu Millionen. Dies geschah nun, als die Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) bei den Wahlen zum Nationalkongress und zu den Provinzparlamenten in Argentinien am 27. Oktober 5,11 Prozent einfuhr und damit drei Sitze im Nationalkongress erringen konnte. Das Ergebnis von den Vorwahlen im Oktober konnte sie damit um 300.000 Stimmen verbessern.¹

Diese Front besteht aus der Partei sozialistischer ArbeiterInnen (der PTS, unserer Schwesterorganisation in der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale), der ArbeiterInnenpartei (PO) und der Sozialistischen Linken (IS). Die Sitze entfallen auf Néstor Pitrola (PO) für die bedeutende Provinz Buenos Aires, wo fast eine halbe Million Stimmen gewonnen wurden, auf Pablo López (PO), der in Salta fast 20 Prozent der Stimmen bekam, und auf Nicolás del Caño (PTS), der mit 14 Prozent zum ersten Mal in der Geschichte die Stimme der ArbeiterInnen und der Jugend Mendozas in den Nationalkongress tragen kann. In Córdoba konnte die Allianz der bürgerlichen Parteien nur durch Wahlbetrug den Einzug von Liliana Olivero (IS) verhindern. Dies kritisiert die FIT und fordert die Öffnung von 40 Prozent aller Urnen, was bisher verwehrt blieb. Auch in Jujuy wurde der Parlamentssitz nur knapp verfehlt. Darüber hinaus wurden auch mehrere Abgeordnete der FIT in die Provinzparlamente gewählt, unter anderem Christian Castillo (PTS) in der Provinz Buenos Aires.

Damit konnten die Aufsehen erregenden Erfolge der FIT in den letzten Jahren ausgeweitet werden. Das erste Mal trat die FIT vor zwei Jahren an und bekam auf Anhieb 2,5 Prozent und einen Platz im Provinzparlament von Neuquén, Heimatprovinz der Keramikfabrik Zanon, die seit 2001 unter ArbeiterInnen-

kontrolle steht. Dieser Sitz gehört einem Anführer dieses historischen Kampfes, Raúl Godoy, und steht im Dienste der Mobilisierungen der ArbeiterInnen, aktuell zum Beispiel bei den Protesten gegen die Vergabe von Bohrrechten an den multinationalen Ölkonzern Chevron.

Ende eines Zyklus

Dieses Ergebnis spielt sich im Rahmen einer politischen Situation ab, die von der Wahlniederlage der regierenden „Front für den Sieg“ (FPV) von Christina Fernández de Kirchner geprägt ist. Nachdem sie 2011 mit 54 Prozent wiedergewählt wurde, musste sie nun einen Verlust von 21 Prozentpunkten hinnehmen. Das liegt in erster Linie daran, dass Teile der ArbeiterInnenklasse eine ernüchternde Erfahrung mit dem Kirchnerismus gemacht haben, der immer weiter nach rechts ging und seinen „progressiven“ Diskurs aufgeben musste. Durch das undemokratische Wahlsystem konnte Kirchner jedoch knapp die parlamentarische Mehrheit beibehalten – im Gegensatz zu 2009, wo sie bei den Zwischenwahlen eine herbe Niederlage erlitt.

Der große Wahlsieger aus dem Lager der Opposition ist der Peronist Sergio Massa mit seiner neugegründeten „Front der Erneuerung“. Bis 2011 noch Kabinettschef unter Kirchner und bis Anfang dieses Jahres noch innerhalb der FPV, ist der Bürgermeister eines Vorortes von Buenos Aires nun die Galionsfigur der GegnerInnen Kirchners. Er vertritt ein Programm, das die Fundamente des Peronismus beibehält, aber eine stärkere Ausrichtung auf Repression und Kürzungen gegenüber den ArbeiterInnen vorsieht. Bekannt ist er unter anderem für die Verbindungen, die er während des Streiks bei Kraft-Terrabusi 2009 mit der US-amerikanischen Botschaft unterhielt. Kirchner sah sich in den letzten Monaten gezwungen, einige Elemente seines Programms zu übernehmen, konnte aber seinen Erfolg nicht vermindern. Da Kirchner nicht wiedergewählt werden kann, beginnt nun der Disput um ihre Nachfolge. Außer Massa,

Jorge Altamira,
Néstor Pitrola, Juan
Carlos Giordano,
Christian Castillo,
Miriam Bregman
(v.l.): Trotzkiist-
Innen feiern den
historischen
Wahlsieg der FIT

1. Peter Robe: 900.000 Stimmen. In: Klasse gegen Klasse Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/900-000-stimmen/>



Stimmen

Mehr als eine Million Stimmen und drei Parlamentssitze.

der jedoch nur in Buenos Aires präsent ist, konnten weder der Kirchnerismus noch die rechteren Teile der bürgerlichen Opposition eineN geeigneteN NachfolgerIn präsentieren – alle befinden sich in der Krise.

Dieser Übergang ist deshalb so entscheidend, weil sich Argentinien und Lateinamerika insgesamt am Ende eines Zyklus befinden, in dem „post-neoliberale“ Regierungen von einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung profitieren konnten, jedoch keine der strukturellen Probleme Lateinamerikas lösten. Der Verteilungsspielraum, den sie ausnutzen, verengt sich heute mit dem Ankommen der weltweiten Krise durch den Fall der Rohstoffpreise. Dies zeigt sich in der Krise des Chavismus in Venezuela, in der Ablehnung der „Arbeiterpartei“ (PT) in Brasilien durch breite Schichten der Jugendlichen und ArbeiterInnen und eben in einer Krise des Kirchnerismus. In diesem Kontext ist es noch bedeutender, wenn die intern stark gespaltene FPV keineN NachfolgerIn findet, der/die weitergehende Angriffe auf die ArbeiterInnen durchführen kann.

Neben internen Disputen und immer größeren Schwierigkeiten der „progressiven Intelligenz“, die reaktionäre Politik zu verteidigen, bricht dem Kirchnerismus eine andere historische Säule des Peronismus weg – die Gewerkschaftsbürokratie. Was sich schon in dem ersten Generalstreik gegen eine Kirchner-Regierung am 20. November 2012 ausgedrückt hat, vertieft sich noch weiter. So präsentierte sich der ehemalige Verbündete Kirchners und Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes CGT, Hugo Moyano, zu diesen Wahlen mit einer eigenen Partei, die den rechten Peronisten de Narváez unterstützte und auf ganzer Linie scheiterte. Dies ist eine allgemeine Tendenz des Einflussverlustes der Bürokratie, die nicht nur von ihrer Basis immer mehr Anerkennung verliert, sondern auch im Überbau immer schwächer auftritt.

Eine politische Alternative

In diesem Rahmen galt es für die ArbeiterInnen, eine politische Alternative aufzustellen, die unabhängig von allen bürgerlichen Varianten ist und gegen die kommenden Kürzungen kämpft. Das Ergebnis der FIT ist in diesem Sinne historisch. Es zeigt, dass kleine, jedoch bedeutende Teile der ArbeiterInnenklasse mit dem Peronismus, dem sie seit 60 Jahren folgen, nach links brechen und bewusst eine antikapitalistische Alternative wählen.

Es ist Ausdruck eines Voranschreitens der radikalen Linken, allen voran der PTS, die in den letzten Jahren wichtige Kämpfe anführte und große Erfolge auf gewerkschaftlicher Ebene hatte. Das zeigte sich in der Ausbreitung der antibürokratischen Basisgewerkschaftsbewegung mit Betriebsräten bei PepsiCo., Coca-Cola, Kraft-Terrabusi, Donnelley oder Lear. Die ArbeiterInnen wählten in der Vergangenheit stets PeronistInnen ins Parlament, auch wenn sie klassenkämpferische AktivistInnen in ihre Betriebsräte wählten. Heute haben kämpferische Teile der Klasse den PeronistInnen politisch den Rücken gekehrt und wählen nun ihre klassenkämpferischen KollegInnen auch bei den Parlamentswahlen. Die aufsteigende politische Kraft der FIT, welche landesweite Ausmaße erreicht hat, wie die hohen Ergebnisse in entlegenen Provinzen zeigen, ist ein Beleg für die anfängliche Überwindung der Trennung des politischen und

ArbeiterInnen und SozialistInnen: Einige KandidatInnen der PTS

Miriam Bregman ist Kandidatin in der Provinz Buenos Aires und wird nach zwei Jahren den Sitz Néstor Pitrolas übernehmen. Bekannt ist die Anwältin aus den Prozessen gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur, z.B. gegen den heutigen Papst Bergoglio. Sie führte auch Prozesse für den verschwundenen Julio López und den von der Gewerkschaftsbürokratie ermordeten Mariano Ferreyra. Außerdem denunzierte sie das „Projekt X“ der Spionage von gewerkschaftlichen und linken Organisationen durch die Regierung und die Polizei.



Claudio Dellecarbonara ist U-Bahn-Fahrer und war Kandidat in der Stadt Buenos Aires. Er, von einer rechten Wochenzeitung als „Staatsfeind Nr. 1“ bezeichnet, ist Anführer der Gewerkschaftsdelegierten der U-Bahn-FahrerInnen der Linie B, die sich in einer langen Auseinandersetzung mit der Regierung von Buenos Aires befinden. Der Bürgermeister Mauricio Macri macht die ArbeiterInnen für die ständigen Unfälle verantwortlich, die der schreckliche Zustand des öffentlichen Nahverkehrs verursacht und hetzt die Bevölkerung gegen die GewerkschafterInnen auf. Das führte sogar zu Angriffen auf sie, während gleichzeitig die Tarifpreise erhöht werden und Macri sich mit neuen Edelstationen schmückt.



Christian Castillo ist Dozent für Soziologie an der Universität von Buenos Aires und hat nun einen Sitz im Provinzparlament in der Provinz Buenos Aires inne.



Nicolás del Caño wurde in den letzten Wochen des Wahlkampfes zum Sprachrohr der Jugend von Mendoza und zum Gegenentwurf zu den traditionellen Parteien, die weit entfernt von den Lebensbedingungen der Massen leben. Der seit dem Alter von 15 Jahren aktive del Caño, dessen Stimmen sich seit den Vorwahlen vor zwei Monaten fast verdoppelten, sprach die Probleme der ArbeiterInnen an und wurde heftig von seinen bürgerlichen GegnerInnen angegriffen.



Andrea d'Atri ist eine bekannte Aktivistin in der Frauenbewegung und Anführerin der Frauengruppierung „Pan y Rosas“ (Brot und Rosen). Sie unterstützen den Kampf für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung.



des gewerkschaftlichen Bewusstseins der ArbeiterInnen.

Zudem lässt sich das Ergebnis mit einem Phänomen innerhalb der Jugend erklären: Für die meisten Jugendlichen ist die Zukunft verdunkelt und prekäre Arbeitsverhältnisse sind Normalität. Nur die FIT konnte eine glaubhafte Perspektive für die

Die trotzkistische Linke Argentiniens hat sich geweigert, gemeinsam mit ReformistInnen breite linke Parteien aufzubauen.

dringenden Fragen der Jugend anbieten. Die große Anerkennung zeigte sich auch schon in den Wahlen der studentischen VertreterInnen an der Universität von Buenos Aires, wo die FIT vier von elf Instituten eroberte.

Die trotzkistische Linke Argentiniens konnte diesen Sieg erringen, weil sie sich in den letzten Jahrzehnten geweigert hat, gemeinsam mit ReformistInnen breite linke Parteien aufzubauen. Die Kräfte, die das probiert haben, etwa die MST im Mitte-Links-Wahlbündnis Proyecto Sur, sind praktisch von der Bildfläche verschwunden. Diese Suche nach „breiten“, nicht revolutionären Formationen konnte hier also nicht einmal kurzzeitig Erfolge im Vergleich zur strategischen Ausrichtung auf die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse erzielen. Dies ist besonders zu betonen, da sich diese Entwicklungen in Zeiten niedrigen Klassenkampfes und relativer ökonomischer Stabilität abspielen.

Eine zentrale Aussage der Kampagne war, dass die Parlamentssitze für die Stärkung der außerparlamentarischen Kämpfe genutzt werden müssen. In diesem Sinne werden sie ein großer Rückhalt in den kommenden Kämpfen gegen die Spionage der Regierung mit dem „Projekt X“ sein, was auch jetzt schon von der Anwältin Miriam Bregman von der PTS denunziert wird; gegen die Abhängigkeit vom Imperialismus, wie es Raúl Godoy im Kampf gegen Chevron beweist; für die Rechte der arbeitenden Frau und für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung, da die FIT die einzige Kraft im Parlament mit dieser Forderung ist; sowie gegen die Prekarisierung und die Gewerkschaftsbürokratie. Gerade in den letzten Monaten wurde ein harter Kampf in der Kraft-Fabrik für die Festanstellung von 53 KollegInnen geführt, aber auch die Arbeiterinnen des deutschen Autozulieferers Kromberg führten einen harten, antibürokratischen Kampf gegen Entlassungen.

Jede Initiative im Parlament soll die Mobilisierung und unabhängige Organisation der Massen vorantreiben und natürlich soll diese Tribüne als Ort zur Bloßstellung der Machenschaften der PolitikerInnen, die hinter dem Rücken der ArbeiterInnen mit den KapitalistInnen verhandeln, genutzt werden. Eine revolutionäre Nutzung parlamentarischer Methoden hat die außerparlamentarischen Kämpfe im Zentrum.

In der Geschichte der radikalen Linken Argentiniens wurden schon zu anderen Zeiten, beispielsweise Ende der 80er Jahre oder um die Jahrtausendwende, Parlamentssitze errungen. Diese Errungenschaften wurden jedoch zum Ziel an sich, anstatt sie in den Dienst des Aufbaus einer revolutionären Partei, die in der ArbeiterInnenklasse verankert ist, zu stellen. Die PTS ordnet die Gewinnung von Parlamentsabgeordneten, wie auch die Taktik der FIT an sich, ihrem strategischen Ziel unter – jeder Schritt muss dem Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in Argentinien und international dienen. Das bedeutet, dass die PTS die politische Unabhängigkeit gegenüber den anderen Parteien innerhalb der FIT auch im Parlament nicht aufgeben wird. Sie wird von Fall zu Fall entscheiden, ob eigene

oder gemeinsame Anträge mit PO oder IS formuliert werden. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die vor einiger Zeit durch die PO abgebrochene Debatte über konkrete Schritte zum Aufbau einer gemeinsamen revolutionären Partei der ArbeiterInnen wieder aufgenommen werden. Doch gerade gegenüber der IS bestehen viele programmatisch-politische Differenzen.

Um in den Worten Christian Castillos zu sprechen: „Wir wissen, dass sich nichts ohne die Mobilisierung erreichen lässt, und das sagen wir ganz offen. Wir säen keine Illusionen darin, dass Veränderungen im Sinne der ArbeiterInnen auf parlamentarischem Wege erreicht werden können, jedoch wissen wir auch, dass linke Abgeordnete ein wichtiger Hebel sind zur Stärkung der Kämpfe der ArbeiterInnen und der Jugend gegen die Kürzungen, die vorbereitet werden. Dies steht in der Perspektive des Aufbaus einer revolutionären Partei der ArbeiterInnenklasse. Eine Partei mit zehntausenden von AktivistInnen in den Fabriken und Betrieben, den Universitäten und Schulen, die ein Gewicht in den entscheidenden Ereignissen des Klassenkampfes einnehmen und wie eine gespannte Faust zuschlagen kann, mit dem Ziel, der Herrschaft der KapitalistInnen in unserem Land und weltweit ein Ende zu setzen.“²

Die PTS setzt sich jetzt das Ziel, mit dem riesigen Wahlerfolg im Rücken, von der Gewinnung einiger Betriebsräte hin zur Rückeroberung ganzer Gewerkschaften und weiterer Institute an den Universitäten überzugehen. Nur mit dem Gewinn von tausenden neuen sozialistischen AktivistInnen kann die Herausforderung, die diese neue Stufe ermöglicht, genutzt werden. Nur verbunden mit einer solchen Ausdehnung kann der reformistische und zentristische Druck, der von allen Seiten auf die PTS ausgeübt wird, überwunden werden.

Ein revolutionärer Wahlkampf

Der Wahlkampf war ein beeindruckendes Zeugnis von der Qualität der AktivistInnen aller drei Kräfte innerhalb der FIT. Während alle anderen Parteien mit Millionen von Pesos große Kampagnen aufziehen konnten, wurde die Kampagne der FIT von den BasisaktivistInnen in den Fabriken und an den Universitäten getragen. Von morgens bis abends wurden Plakate geklebt und Flyer verteilt. Auch das politische Wahlprogramm gelangte in die Hände von Zehntausenden. Es gab Versammlungen mit hunderten ArbeiterInnen in Fabriken, wie bei Lear oder Donnelly, wo über die FIT diskutiert wurde. Zahlreiche Betriebsräte riefen zur Wahl der FIT auf. So bekam sie in manchen Betrieben zwischen 20 und 40 Prozent der Stimmen. Das kommt daher, dass die Kräfte innerhalb der Front in den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten an vorderster Front sind und die KandidatInnen aus diesen Kämpfen bekannt sind.

Durch die Wahlwerbung im Fernsehen und im Radio konnte das Programm der FIT an Millionen von Menschen gerichtet werden. Dabei wurde in den 37 Sekunden Wert auf Angriffe auf die Parteien der KapitalistInnen gelegt und der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie betont. Die Werbespots forderten ein Ende der Prekarisierung und einen durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn für alle GewerkschaftsfunktionärInnen. Es wurden die dringenden Fragen der ArbeiterInnen und der Jugend – wie ein Mindestlohn, der einen normalen Lebensstandard sichert – durch Übergangsforderungen mit einer Perspektive verbunden, die über die kapitalistische Ordnung hinausweist. In diesem Sinne greift die Forderung, dass FunktionärInnen das gleiche verdienen wie einE durchschnittlicheR ArbeiterIn, die privilegierte Kaste von PolitikerInnen an, die im Kapitalismus nötig ist, um die Interessen der Konzerne durchzubringen. Mit der Forderung nach der Nicht-Zahlung der Staatsschulden wurde das klar anti-imperialistische Programm unterstrichen.

Besonders wichtig war die Unterstützung am Wahltag selbst,

2. Christian Castillo: Vamos por diputados y legisladores del Frente de Izquierda y de los Trabajadores. <http://www.pts.org.ar/Vamos-por-diputados-y-legisladores-del-Frente-de-Izquierda-y-de-los-Trabajadores>.

wo die Stimmzettel, welche in Argentinien für jede Front separat in der Wahlkabine ausliegen und dann in die Urne gesteckt werden, ausgeteilt werden mussten. Für die riesige logistische Arbeit, diese Zettel in die Wahllokale zu bringen, waren unzählige Familienangehörige, FreundInnen und ArbeitskollegInnen nötig. In Mendoza alleine wurden durch Manöver der Kirchner-Partei 200.000 Stimmzettel eingezogen. Vielerorts wurden Stimmzettel einfach zerrissen, weggeschmissen oder gar solche von den Vorwahlen ausgelegt. Nur durch die massive Unterstützung von AktivistInnen konnten die Stimmen für die FIT verteidigt werden. In Córdoba wurden WahlbeobachterInnen der FIT 1.000 Pesos (etwa 125 Euro) angeboten, um ihre Stellung zu verlassen. In der gleichen Provinz werden 100 Urnen wieder geöffnet, um den Wahlbetrug, der gegen die FIT unternommen wurde, aufzudecken.

Das Programm der FIT

Das politische Wahlmanifest ist das Programm, auf das sich die drei Kräfte der FIT geeinigt haben. So konnte beispielsweise die Forderung nach der Zerschlagung der Polizei und dem Aufbau von ArbeiterInnenmilizen nicht gegen IS und die PO durchgesetzt werden, da IS auch Streiks der PolizistInnen unterstützt. Auch die Zentralität von Organen der Selbstverwaltung wurde nicht in das Programm aufgenommen. Über diesen Punkt bestehen zwischen der PO und der PTS große Differenzen, zu denen schon zahlreiche Polemiken geführt wurden. Nichtsdestotrotz sind die zentralen Achsen des Programms genauso wie die der Massenagitation in den Wahlwerbspots richtig, da sie die alltäglichen Probleme der ArbeiterInnen mit einer darüber hinausgehenden Perspektive verbinden.

Es bezieht eine klar anti-imperialistische Haltung und kritisiert den bürgerlichen Nationalismus der kirchneristischen Regierung, die sich selbst als „progressiv“ bezeichnet. Außerdem bezieht es eine Position zu der öffentlichen Debatte um die „Sicherheit“ und fordert die Auflösung aller Geheimdienste und die Organisation der Bevölkerung in Betrieben, Schulen und Universitäten. Daneben finden sich Forderungen zu der Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrien, sowie des öffentlichen Nahverkehrs unter ArbeiterInnenkontrolle.

In einem Katalog von 13 dringenden Forderungen wird die Wut der ArbeiterInnenmassen gegen die von ihnen am stärksten gefühlten Probleme wie die Lohnsteuer und der prekären Beschäftigung in Form von Leih- oder Schwarzarbeit aufgegriffen und mit weitergehenden Übergangsforderungen beantwortet. All diese Forderungen sind verbunden mit der Perspektive einer ArbeiterInnenregierung, die auf der Selbstorganisation und Mobilisierung der ArbeiterInnen und der Bevölkerung basiert.

Weltweite Bedeutung

Auch auf internationaler Ebene muss von diesem riesigen Erfolg der revolutionären Linken in Argentinien gelernt werden. Selbst in Zeiten relativer wirtschaftlicher Stabilität war es für die Kräfte der FIT möglich, mit einem Programm der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und der Perspektive einer ArbeiterInnenregierung einen Massenanhang zu gewinnen. Dabei ist es nicht unser Ziel, die FIT als das neue Modell der Einheit der Linken darzustellen. Genauso müssen wir uns gegen jene stellen, die – den Erfolg der FIT anerkennend – nun die „Öffnung“ der Front fordern, sprich die Aufgabe eines Programms der Klassenunabhängigkeit zugunsten eines Bündnisses mit ReformistInnen. Dies ist irrig und verkennt die eigentliche Botschaft dieses Erfolges.

Im sechsten Jahr der weltweiten Krise des Kapitalismus stellt sich für die gesamte revolutionäre Linke dringend die Frage, wie sie aus dem Dasein als kleine, isolierte Gruppen ohne realen Einfluss in die zentralen Auseinandersetzungen unserer Klasse heraus kommen und für die Avantgarde der ArbeiterIn-

nenklasse und die Masse der Unterdrückten eine Alternative zu den bürgerlichen Varianten und den reformistischen Apparaten aufbauen kann. Vielerorts wollen Sektoren des Zentrismus dies mit einer prinzipienlosen Auflösung in breite, „antikapitalistische“ Parteien oder gar in den linken Reformismus beantworten. Doch Projekte wie die französische NPA stagnieren und brechen auseinander, die Führung der griechischen Syriza setzt ihren Kurs der Unterordnung unter die imperialistische EU fort, zumal sie beide kaum eine Verankerung in der ArbeiterInnenklasse und den Kämpfen besitzen.

Für uns sind weder der kopflose Opportunismus noch die die sektiererische Selbstisolation eine akzeptable Perspektive. Dass man mit einem klaren Programm der Klassenunabhängigkeit und der Fokussierung auf die ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt tatsächlich eine reale Politik für die Massen entwickeln kann und Gehör bekommt, beweist dieser phänomenale Erfolg der FIT eindrucklich. Im Gegensatz zu den liquidationistischen Projekten ist das Programm der FIT trotz gewisser Kompromisse keine Auslöschung der zentralen strategischen Methoden des revolutionären Marxismus unserer Zeit, des Trotzismus, und hat nichtsdestotrotz viel mehr Anklang gefunden als eine angeblich breite NPA.

Diese Politik unserer GenossInnen von der PTS ist ein Ausdruck einer allgemeinen Politik der Trotzistischen Fraktion, die auf ihrer VIII. Konferenz im August ein Manifest beschloss, mit dem wir zum Aufbau einer Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution aufrufen, als wichtigem Schritt der Umgruppierung der internationalen revolutionären Linken und der fortgeschrittensten Sektoren des Proletariats für den Wiederaufbau der Vierten Internationale.³ In Anbetracht der historischen Erfahrungen, die die neuen Generationen des internationalen Proletariats erleben, vom größten Generalstreik der Menschheitsgeschichte in Indien, bis zu den revolutionären Prozessen im arabischen Raum, ist eine revolutionäre Führung der ArbeiterInnenklasse von strategischer Bedeutung. Durch diesen Wahlerfolg verbessern sich auch in Argentinien die Möglichkeiten, um über eine solche Perspektive beispielsweise mit den GenossInnen der PO zu diskutieren. Das ist für uns deshalb so bedeutend, da eine revolutionäre Weltpartei für uns nicht aus dem evolutiven, schrittweisen Wachstum unserer Gruppen entsteht – vielmehr suchen wir eine Diskussionen mit den fortgeschrittensten Sektoren der ArbeiterInnen und Jugend über die zentralen strategischen Lehren des aktuellen Klassenkampfes, wie es auch die Methode Trotzki mit dem „Block der Vier“ zum Aufbau der Vierten Internationale war.

Für uns ist der Internationalismus kein abstraktes Prinzip. Deshalb muss der Erfolg der PTS in Argentinien von uns stän-

Die Parlamentssitze gehören auch den Unterdrückten in Europa, die gegen die Auswirkungen der Krise kämpfen.

dig begleitet und verbreitet werden, damit die Parlamentssitze nicht nur Sitze der argentinischen ArbeiterInnen und Jugendlichen sind, sondern auch der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Europa, die gegen die Auswirkungen der Krise kämpfen.

3. Stefan Schneider: Für eine Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution! In: Klasse Gegen Klasse Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/fur-eine-bewegung-fur-eine-internationale-der-sozialistischen-revolution/>.

Das syrische

Syrien legt die Krise der US-amerikanischen Hegemonie offen

von **Juan Chingo** (CCR, Paris)

Die Schwierigkeiten, auf die die Kriegsprojekte Obamas (und seines Schoßhündchens Hollande) in der aktuellen Krise in Syrien stießen, haben heftig und eloquent die Krise der Hegemonie der USA offengelegt – der wichtigsten Macht, die die politischen und geopolitischen Koordinaten des weltweiten kapitalistischen Systems dominiert und kontrolliert. International isoliert und selbst von seinem wichtigsten Verbündeten durch die negative Abstimmung im britischen Parlament abgewiesen; unfähig, beim G20-Gipfel in Sankt Petersburg die sogenannten Schwellenländer hinter sich herzuführen; um nicht von der aktiven Opposition Russlands und der Blockade Russlands und Chinas bei der UNO zu sprechen, hat der US-Präsident im US-Kongress Unterstützung gesucht. Aber die Ablehnung der US-Bevölkerung gegenüber einem neuen Krieg und die wahrscheinliche parlamentarische Niederlage haben ihn dazu gedrängt, sich an den russischen Rettungsring zu klammern, um für einen Moment aus der Klemme zu entkommen, in der er im syrischen Konflikt gefangen war. Dennoch ist Obama, obwohl er momentan politisch aus dem Stillstand austritt, nicht nur intern geschwächt,¹ da er Gefahr läuft, vorzeitig als lahme Ente („*lame duck*“) festgelegt zu werden, sondern viel wichtiger wird die syrische Affäre strategischere Konsequenzen für den US-amerikanischen Hegemon haben, da die Wahrnehmung seiner Macht auf weltweiter Ebene negativ berührt wurde.

Eine interne Opposition, die es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat

Niemals seit 1945 stieß die US-Regierung auf so viel Opposition gegen ihre Handlung, nicht nur auf der Ebene der Massen, sondern selbst im Kongress, wo ihren militärischen Interventionen normalerweise fast routiniert zugestimmt wurde.

Die Kriegsmüdigkeit der US-Bevölkerung ist offensichtlich. Es geht nicht nur um Misstrauen gegenüber den Herrschenden nach den Betrügen und Verwirrspielchen von Colin Powell² in Bezug auf die Waffen Saddam Husseins. Die Ablehnung ist tiefgründiger: Laut einer Umfrage, die einige Tage vor der angekündigten parlamentarischen Abstimmung von der *New York Times* und CBS durchgeführt wurde, glaubten 75% der Befragten, dass die syrische Regierung „wahrscheinlich“ chemische Waffen gegen syrische ZivilistInnen benutzt hatte, aber dennoch war die übergroße Mehrheit gegen die von Obama vorgeschlagene militärische Antwort. Dies ist der Druck, den die Kongressabgeord-

neten ausdrückten. All dies ist eine Nachwirkung der lähmenden Hinterlassenschaft von Irak und Afghanistan, die von der Wirtschaftskrise auf die Spitze getrieben wird: Die US-BürgerInnen glauben nicht, dass diese Kriege im Nahen Osten irgendetwas gebracht hätten, während sie gleichzeitig Milliarden von Dollars gekostet haben – gleichzeitig haben sie ihre Arbeitsplätze und Häuser verloren, neben weiteren Leiden, wie der fortgeschrittenen Niedergang der US-Infrastruktur, insbesondere der Autobahnen, Brücken, Krankenhäuser und Schulen.

Welcher Kontrast zu den „guten alten Zeiten“ der Nachkriegs-Weltordnung der 50er und 60er! Damals waren die Militäroperationen des Imperialismus von der „Strategie der Eindämmung des Kommunismus“ geleitet, ein Euphemismus zur Rechtfertigung von Militärinterventionen, deren Ziel die Verhinderung revolutionärer Prozesse in der Peripherie war, der Zone größter Instabilität während der Weltordnung von Jalta und Potsdam. Der US-Imperialismus besaß damals – in Zeiten ökonomischen Wachstums und einer Hegemonie, zu der die anderen Imperialismen keine Konkurrenz waren – eine relativ breite einheimische und internationale soziale Basis und konnte die „kommunistische Bedrohung“ als zentrales Argument benutzen, um die öffentlichen Meinung auf seiner Seite zu halten, seine Verbündeten auf Linie zu bringen und die Kosten der Interventionen auf weltweiter Ebene zu stemmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Vietnam-Krieg (genauso wie der Korea-Krieg) am Anfang eine massive Unterstützung unter breiten Sektoren der US-Bevölkerung besaß und dass erst nach mehreren Jahren im Sumpf des Krieges, angesichts des heroischen vietnamesischen Widerstands und der vielen Gefallenen, eine starke Anti-Kriegs-Bewegung entstand.

Die Panik, die die Attentate vom 11. September 2001 in der US-Bevölkerung auslösten, erlaubte Bush, mit niedrigen politischen Kosten eine außergewöhnliche neoimperialistische Politik durchzuführen, aber das Scheitern dieser beiden Interventionen kam als Bumerang zurück und untergrub die Unterstützung der Bevölkerung gegenüber neuen Kriegen. Das heißt nicht, dass diese für die US-Herrschaft unvorteilhafte Situation sich nicht ändern könnte, wie es zu Beginn der 1980er mit der Rechtsentwicklung der Situation durch den Reaganismus und seine neoliberale Offensive auf weltweiter Ebene passierte, der eine Umkehrung der Legitimitätskrise und der Infragestellung des Regimes nach dem Vietnamkrieg bedeutete. Aber heute steigt die Unzufriedenheit mit dem imperialen Kurs. Gleichzeitig wird die Rendite der imperialistischen Aktionen im Gegensatz zur Vergangenheit nicht mehr gleichförmig verteilt. Stattdessen verstärkt sie die existierende soziale Polarisierung zwischen der Mehrheit der Bevölkerung, deren Lebensstandard zurückgeht, und einer bereicherten Elite. Dies ist die Basis der fehlenden internen Legitimität für die Militärinterventionen, in denen die Armen und die Arbeitslosen das Kanonenfutter der imperialistischen Streitkräfte bilden. Diese Realität verkompliziert die Schaffung einer soliden reaktionären sozialen Basis für imperialistische Raubzüge, die nur durch neue interne oder externe soziale Verwerfungen möglich sein wird, die die Konsolidierung bonapartistischer Lösungen erlauben, wie es die Neocons zu Beginn des Jahrhunderts vergeblich versucht haben.

1. Die Ankündigung von Larry Summers (Berater des Präsidenten, der eine Schlüsselfigur in der Pro-Wall-Street-Orientierung Obamas seit 2009 war), seine mögliche Ernennung zur Ersetzung von Bernanke an der Spitze der Federal Reserve Bank abzulehnen, ist ein Signal der Schwäche Obamas vor dem Kongress.

2. Außenminister in der Epoche von Bush Jr. während des Zweiten Irak-Kriegs 2003 und Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff während des Ersten Golfkriegs 1990/91.

Labyrinth

Die wachsenden Kosten für die „Weltpolizei“

Zusätzlich zu diesen internen Grenzen stößt die US-Herrschaft auf wachsende externe Kosten, die der Status als „Weltpolizei“ mit sich bringt. Die enorme militärische Übermacht der USA sorgt nicht nur dafür, dass die anderen imperialistischen Zentren bis jetzt vor jeder offenen Infragestellung der US-Hegemonie zurückschrecken, sondern gleichzeitig erfüllt ihr Militärs Arsenal die Funktion, die kapitalistische Reproduktion auf globaler Ebene sicherzustellen, in der sie von eben diesen imperialistischen Zentren unterstützt wird. Diese sehen die USA als Unterstützung im Angesicht jedweder geopolitischer Instabilität oder revolutionärer Erhebung in der Welt, auch wenn die US-Pannen in letzter Zeit große Uneinigkeiten unter den verbündeten Ländern zu eröffnen beginnen, wie es beim Irak-Krieg 2003 und sehr viel zugespitzter heute in Syrien der Fall war.

Hinter diesen wachsenden Schwierigkeiten bei der Rolle als „Weltpolizei“ befindet sich eine bedeutungsvolle Umwandlung der Beziehungen zwischen den zentralen Ländern (Metropolen) und den zurückgebliebenen Ländern (Peripherie) nach den enormen Kämpfen für nationale Befreiung, die das 20. Jahrhundert durchzogen. Der mehrheitlich urbane Charakter der Massen, die kontrolliert werden müssen – im Gegensatz zu den alten Agrargesellschaften der klassischen Epoche des Imperialismus am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts –, sowie die Kommunikationsmöglichkeiten, die die moderne Technologie den dortigen Massen nicht nur unter sich, sondern auch mit der Außenwelt erlaubt, und das fundamental größere politische Bewusstsein der Bevölkerungen in der Peripherie bedeuten, dass die Schwierigkeiten heute größer sind, als sie es vor hundert Jahren oder mehr waren. All dies begrenzt (oder vergrößert zumindest enorm die Kosten für) die Effizienz der imperialistischen Interventionen, wie wir MarxistInnen schon vor und während der Bush-Offensive erklärten.

Bemerkenswerterweise wurden die wachsenden Schwierigkeiten bei der Anwendung von Gewalt und die wachsende Ineffizienz dieser politischen Alternative zur Lösung von Konflikten am Ende des vergangenen Jahres von einer der emblematischen Figuren des US-Establishments diagnostiziert: Zbigniew Brzezinski, Realpolitiker *par excellence*, alter Wüstling des Kalten Krieges und Hauptarchitekt des sowjetischen Debakels in Afghanistan, wo er nicht zögerte, die islamischen FundamentalistInnen (inklusive Osama bin Laden selbst) zu bewaffnen, und so der sowjetischen Armee ihr „Vietnam“ zuzufügen. „In einer kürzlichen Rede in Polen warnte der ehemalige Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, seine Elite-Kollegen, dass die Bewegung des ‚Widerstands‘ in aller Welt gegen die ‚Kontrolle von außen‘, die vom ‚populistischen Aktivismus‘ vorangetrieben wird, den Übergang zu einer neuen Weltordnung zu entgleisen droht. Während er die Idee, dass das 21. Jahrhundert ein Amerikanisches Jahrhundert wäre, als ‚geteilte Illusion‘ bezeichnete, betonte Brzezinski, dass die Vorherrschaft der USA schon nicht mehr möglich sei, aufgrund eines beschleunigten sozialen Wandels, der von der ‚sekundenschnellen Massenkommunikation wie dem Radio, dem Fernsehen und dem Internet‘ vorangetrieben wird und der ein ‚universelles Erwachen des politischen Bewusstseins der Massen‘ stimuliert habe. ... Der ehemalige Sicherheitsberater der USA fügte hinzu, dass dieser ‚Anstieg des populistischen Aktivismus in der



ganzen Welt der Herrschaft von außen feindlich gegenübersteht, wie sie noch in der Epoche des Kolonialismus und des Imperialismus vorherrschte. ... Brzezinski kam zur Schlussfolgerung, dass der ‚anhaltende und höchst motivierte populistische Widerstand, das politische Erwachen der Massen und ihre historische Ablehnung der Kontrolle von außen immer schwieriger zu unterdrücken sind.‘³ Auf dieselbe Frage kommt er in einem Interview im deutschen Fernsehen zurück, in dem er die Effizienz und sogar die Möglichkeit der Nutzung von Gewalt zur Lösung der syri-

US-SoldatInnen sitzen immer noch in Afghanistan fest.

Damals besaß der US-Imperialismus eine Hegemonie, zu der die anderen Imperialismen keine Konkurrenz waren.

schen Krise in Frage stellt. „Angesichts der aktuellen Realität, die ich in meinen Schriften ‚globales politisches Erwachen‘ genannt habe, scheint mir eine Politik der Gewalt, die hauptsächlich auf dem Westen und in einigen Fällen auf den alten Kolonialmächten basiert, für eine endgültige Lösung des regionalen Problems nicht sehr vielversprechend zu sein“, sagte Brzezinski in Bezug auf die Si-

3. Infowars.com: Brzezinski: ‚Populist Resistance‘ is Derailing the New World Order. <http://www.infowars.com/brzezinski-populist-resistance-is-derailing-the-new-world-order/>.

tuation in Syrien. ... „Die großen Weltmächte, neue wie alte, sehen sich ebenfalls einer neuen Realität gegenüber: Während die Tödlichkeit ihrer militärischen Macht größer ist als je zuvor, befindet sich ihre Fähigkeit, ihre Kontrolle über die Massen, die in der Welt politisch erwacht sind, durchzusetzen, auf einem historischen Tief-

Obama wollte Teil einer Koalition sein, nicht der Anführer und sicherlich nicht der zentrale und noch weniger der einzige Akteur.

stand. Um es ohne Umschweife zu sagen: Früher war es einfacher, eine Million Menschen zu kontrollieren als sie physisch umzubringen, heute ist es unendlich viel einfacher, eine Million Menschen zu töten als sie zu kontrollieren; sagte Brzezinski während seiner Rede vor dem Außenpolitischen Rat in Montreal.⁴

Diese Elemente zeigen, entgegen jeder vulgären Vorstellung, dass der US-Imperialismus nicht von einer ‚imperialen Überausdehnung‘ im Sinne eines unmöglichen Teils ihres Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Während des Kalten Krieges widmete die USA einen noch höheren Prozentsatz des BIP dem Militärhaushalt als heute. Die Überausdehnung, die die USA als Garant der Weltordnung in letzter Instanz mehr und mehr betrifft, ist diejenige, in immer mehr peripheren Ländern die Ordnung aufrechterhalten zu müssen – mehr als die öffentliche Meinung im Land akzeptieren will und die „kontrollierten“ Sektoren zu erlauben bereit sind.

Die Wurzeln von Obamas Zickzacks

Im Rahmen dieser sowohl internen als auch externen Beschränkungen können die kontinuierlichen Zickzacks Obamas in der syrischen Affäre verstanden werden. Als er die Präsidentschaft antrat, wollte er sich auf keinen Krieg festlegen. Sein Ziel war es, die Schwelle für militärische Handlung höher zu setzen, als sie seit dem Ende des Kalten Krieges jemals war, als die „Operation Desert Storm“, Somalia, Kosovo, Afghanistan, Irak und andere kleinere Interventionen das Muster der US-Außenpolitik darstellten. Obama wollte, dass die USA keine vorrangige Rolle in diesen Ereignissen spielte, sondern eine, in der die regionalen Krisen sich solange entfalten würden, bis ein Gleichgewicht gefunden wäre. Dies war die Lehre nach dem Scheitern im Irak, wo die Liquidierung des Regimes von Saddam Hussein das existierende Gleichgewicht der Kräfte zum Vorteil des Irans zerstört hatte. Sein Ziel war es, allgemein eine geringere Rolle in der Führung des internationalen Systems zu übernehmen. Höchstens wollte er Teil einer Koalition sein, nicht der Anführer und sicherlich nicht der zentrale und noch weniger der einzige Akteur. Stattdessen priorisierte er die grundlegenden Interessen der USA. Ein Beispiel davon war die Intervention in Libyen, wo die USA keine zentrale Rolle spielte, sondern diese Paris und London überließ.

Im Rahmen dieser aufkommenden neuen Doktrin – eine Anerkennung der Grenzen des Unilateralismus des vergangenen Jahrzehnts – muss die berühmte rote Linie verstanden werden, die Obama im Fall Syriens gezogen hat: Niemals dachte er, dass diese Linie, die für die aktuellen Konflikte zu hoch war, überschritten werden würde. Aber nachdem Chemiewaffen tatsächlich benutzt wurden, die als Massenvernichtungswaffen eingestuft werden – wie auch biologische oder nukleare Waffen – und deren Besitz oder Benutzung die USA als eine Bedrohung für sich wahrneh-

men, fiel die neue strategische Schwelle, die Obama aufgestellt hatte, in sich zusammen. Gleichzeitig erweckte die Vorstellung von einem weiteren Völkermord die ParteigängerInnen humanitärer Interventionen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung, wie der Senator John McCain. Es ist dieser Widerspruch, der Obamas Schwanken erklärt: Einerseits wollte er strategisch überhaupt nichts von Syrien wissen. Aber die Ideologie der Massenvernichtungswaffen und der humanitären Intervention zwangen ihn zum Kurswechsel. Damit begründete er die Option einer militärischen Intervention, während er gleichzeitig jede Glaubwürdigkeit der Nutzung dieser Option untergrub, wodurch er sie zu einer bloßen Geste der Missbilligung der Nutzung von Chemiewaffen machte. Diese Position – oder besser gesagt dieser Widerspruch in seinen Begriffen, da man nicht den Krieg erklären und dies gleichzeitig zu einer bloßen Geste reduzieren kann – regte die ParteigängerInnen des Krieges auf, die eine effektive US-amerikanische Aktion wollten, die die Kräfteverhältnisse in dem Land zwischen Assad und seinen GegnerInnen verändern würde. Gleichzeitig ermutigte dies all jene, die sich diesem neuen Kurs der USA widersetzen, insbesondere Russland.

Ein offenes Fenster, das Russland nutzte

Barack Obamas Handhabung der syrischen Krise ruft bei einigen AnalystInnen immer stärker die Erinnerung an die Iran-Krise zu Zeiten des US-Präsidenten Jimmy Carter vor mehr als 30 Jahren wach, insbesondere die gescheiterte Operation zur Befreiung der Geiseln in der US-Botschaft im Jahr 1980.⁵ Dieses Fenster der Möglichkeit nutzte der russische Präsident Wladimir Putin, indem er ein Abkommen vorschlug (welches nur schwierig umgesetzt werden könnte), wonach das syrische Chemiewaffenarsenal abgeschafft oder vernichtet werden sollte. So bot er Obama einen Rettungsring an, der ihm wenigstens temporär aus der Zwickmühle half. Für Russland war diese zentrale Rolle in einer größeren Krise das erste Mal, dass sie seit den letzten Tagen der Sowjetunion – als Moskau zwischen den Monaten der irakischen Invasion in Kuwait 1990 und der Operation unter Führung der USA Anfang 1991 marginalisiert wurde – eine so wichtige internationale Rolle einnahm.

Aber obwohl Russland aus dieser Krise gestärkt hervorgeht, liegt das eher an der Schwäche der USA als an seiner eigenen Stärke. Die Realität ist nicht, dass Russland jetzt wieder eine der „Größen der Welt“ wäre, sondern dass die USA nicht mehr das ist, was sie einmal war. Aus diesem Grund sind die Argumente derjenigen völlig gegenstandslos, die in diesem diplomatischen Triumph Russlands die Rückkehr des Kalten Krieges sehen oder sich in ihren Vorhersagen eines „Umkrempeln der Welt“ bestätigt glauben, wo die alten Mächte des Westens – USA und Europa – geschwächt und die neuen aufstrebenden Mächte gestärkt würden.⁶ In Wirklichkeit kann Moskau den USA

5. Damals sagte man über Carter, dass man „keine Hochzeit mit allen nötigen Vorsichtsmaßnahmen im Fall der Scheidung“ vorbereitet. Carter, der unter dem noch lebhaften Eindruck der Niederlage in Vietnam stand, wusste nicht, wie er sich zwischen der harten Linie seines Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski und der gemäßigeren Linie, die sein Außenminister Cyrus Vance vorschlug, entscheiden sollte. Unter den engen BeraterInnen Obamas, wie Susan Rice an der Spitze seines Nationalen Sicherheitsrates oder Samantha Power, seine neue Botschafterin vor den Vereinten Nationen, die beide „humanitäre Internationalistinnen“ sind, und seinem Außenminister John Kerry, gibt es keine größere Opposition. Bei letzterem kommen seine Zweifel nicht nur aus seiner Persönlichkeit, sondern aus der Angst, nach den Niederlagen in der Außenpolitik, die die Konsequenz der abenteuerlichen Politik Bushs sind, Risiken einzugehen.

6. Dies ist die Position von François Sabado, Anführer der sogenannten Vierten Internationale. Für eine Polemik mit seinen Positionen siehe: Juan Chingo, „Basculement du monde“ ou énième „basculement théorico-stratégique“? <http://www.ccr4.org/Basculement-du-monde-ou-enieme/>.

4. Mikael Thalen: Brzezinski: ‚Global Political Awakening‘ Making Syrian War Difficult. <http://www.storyleak.com/brzezinski-global-political-awakening-making-syrian-war-difficult/>.

auf militärischer Ebene nicht ansatzweise das Wasser reichen, und seine grundlegende ökonomische und politische Basis ist schwach (da es in großem Maße von seiner Rolle als Rohstoffexporteur abhängt). Zudem ist Russland heute weit davon entfernt, die Rolle zu spielen, die die ehemalige UdSSR gespielt hat, insbesondere in Bezug auf ihre Kontrolle der weltweiten ArbeiterInnenbewegung. Im Gegenteil ist die „soft power“ des Putin'schen Russlands und seiner autoritären und bonapartistischen Regierung fast gleich Null.

Es ist nicht der alte Isolationismus, sondern imperialer Niedergang

In Wirklichkeit gibt es hinter dem Widerwillen Obamas, Gewalt anzuwenden, einen fundamentalen Grund: der Niedergang der US-amerikanischen Macht nach den Niederlagen im Irak und in Afghanistan und nach den Hindernissen, auf die die USA bei der Wiederherstellung seiner Herrschaft in einer strategischen Region treffen, die noch von den komplexen Prozessen des arabischen Frühlings durchschüttelt wird, und all dies vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise. Dies ist, was eine US-amerikanische Analytikerin bei CNN scharf hervorhob, die nur Tage vor den Verhandlungen Obamas weit über die konjunkturellen Analysen hinausging und das untersuchte, was die Syrien-Krise über die aktuelle Positionierung der USA in internationalen Angelegenheiten aussagt: *„Das wirkliche strategische Problem für die USA ist, dass wir nach der Invasion des Iraks, Afghanistans, Libyens – immer weniger effektiv, mit mehr und mehr Rückschlägen – jetzt in einer Position sind, glaube ich, in der wir, wenn wir Syrien angreifen würden, wie Präsident Obama geplant hat, der Welt zeigen würden, dass die Militärmacht der USA, unsere politische Macht und unsere wirtschaftliche Macht ernsthaft schrumpfen.“*⁷

In der Konsequenz hat diese strategische Schwäche, die die Syrien-Krise aufdeckte, enorme Auswirkungen auf die Fähigkeit der USA, ihre Rolle als Weltpolizei auszuüben und ihre Interessen den Verbündeten und Feinden aufzuzwingen. Eine Schwäche auf dieser Ebene hätte langfristige Konsequenzen und könnte andere Staaten wie Iran oder Nordkorea dazu ermutigen, die Bedingungen der USA und seiner AgentInnen herauszufordern. Genauso macht die mögliche diplomatische Annäherung zwischen dem Iran – wo das Abkommen mit Russland gern gesehen wurde – und den USA all die regionalen GegnerInnen des Irans im Mittleren Osten von Saudi-Arabien bis Israel nervös.⁸ Die Türkei ist ebenfalls über den wachsenden russischen Einfluss in der Region besorgt. Aber auch über diese Zone hinaus wird das Bild, dass Russland die USA zum Rückzug zwingt, in der gesamten russischen Peripherie widerhallen, wo Russland von Neuem einen Einflussbereich in den Republiken der ehemaligen UdSSR (insbesondere die Ukraine und Aserbaidschan) und allgemeiner in den osteuropäischen Ländern, in denen das russische Kapital in der Hitze der europäischen Krise Positionen zurückerobert, zu konsolidieren versucht. Dazu kommt die fehlende Sorge der USA über diese Region, die sich von den Problemen im Mittleren Osten nicht lösen kann. In Lateinamerika hat die US-Diplomatie, kaum von Syrien erholt,

einen neuen Schlag erlitten, als die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff entschied, ihre große Reise zur Versöhnung Brasiliens mit den USA auf Mitte Oktober zu verschieben, die seit Langem vom US-Außenministerium vorbereitet worden war. In anderen Worten, die Schwäche, die die USA in Syrien gezeigt hat, verbindet sich in diesem Fall mit den immer noch heißen Auswirkungen der Enthüllungen der NSA-Spionage.

All diese Elemente zeigen, dass wir vielleicht vor einem neuen Sprung im Niedergang der US-Hegemonie stehen. Der besorgte Timothy Garton Ash erlaubt sich nicht zu lügen: *„Um diese Haltung zu beschreiben, die man heute bei vielen Demokraten wie Republikanern wahrnimmt, nutzt man häufig einen wenig einfallsreichen Begriff: ‚Isolationismus‘. Unzweifelhaft hat die USA eine Geschichte des periodischen Rückzugs in ihre immense kontinentale Gleichgültigkeit, wie es nach dem Ersten Weltkrieg geschah. Aber dieses Mal ist das Gefühl ein anderes. Obwohl es offensichtlich ist, dass der aktuelle Widerstand gegen die Intervention mit einigen dieser traditionellen Fälle zu tun hat, findet dies heute in einem Land statt, welches sich nicht in einem vollen und heftigen Aufstieg auf weltweiter Ebene befindet, sondern welches ein ängstliches Bewusstsein seines relativen Abstiegs hat.“* Und er schlussfolgert düster: *„Den zahlreichen Verleumdern und sogar den Feinden der USA in Europa und der ganzen Welt sage ich nur eins: Wenn euch die alte Welt nicht gefiel, in der die USA unablässig intervenierte, wartet nur ab, wie euch eine neue Welt gefällt, in der sie es nicht tut.“*⁹

Dieser Sprung in der Krise der US-Hegemonie heißt nicht, dass die USA, die weiterhin die wichtigste imperialistische Macht auf weltweiter Ebene ist, keine aggressiven Politiken mehr verfolgen wird – insbesondere dort, wo ihr nationales Interesse auf dem Spiel steht (hauptsächlich jede Bedrohung vermeiden, die ihre Herrschaft über die Meere in Frage stellen könnte, insbesondere im Fall, dass eine gegenhegemoniale Macht in Eurasien entstünde, die ihr diese Kontrolle streitig machen könnte). Es bedeutet auch nicht, dass diese Schwäche notwendigerweise durch die Massen der ArbeiterInnen und der Armen im Sinne ihrer Interessen ausgenutzt werden wird, solange diese an ihrer Spitze reaktionäre Führungen haben, wie es die Irak-Krise zeigt, wo das Land nach dem Rückzug der US-Truppen in einen BürgerInnenkrieg zwischen SunnitInnen und SchiitInnen zurückfiel, oder Afghanistan, wo die USA eine Verhandlungslösung mit den Taliban sucht. Aber was ebenfalls sicher ist, ist dass die Welt aufgrund der Rolle der USA als Garant der kapitalistischen Regierungsfähigkeit auf internationaler Ebene für die imperialistischen Interessen im Allgemeinen und die US-Interessen im Besonderen gefährlicher werden wird, da sie größerer Instabilität und politischer Krisen ausgesetzt sein wird. Es ist an der Zeit, dass wir RevolutionärInnen Mut, Kühnheit und Entschlossenheit

Wir RevolutionärInnen müssen Mut, Kühnheit und Entschlossenheit aus dieser Krise des wichtigsten Gendarms ziehen.

aus dieser historischen Krise des weltweit wichtigsten imperialistischen Gendarms ziehen, um uns auf die Situation einzustimmen und vor allem den ArbeiterInnen zu helfen, auf der Höhe der krampfartigen Zeiten zu sein, die sich eröffnen könnten.

24.09.2013 – zuerst veröffentlicht in „Révolution Permanente“ Nr. 10

9. The Guardian: This crisis resolves little in Syria but says a lot about the United States. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/11/crisis-resolves-little-syria-says-much-about-us>

7. Flynt & Hillary Mann Leverett: The Syrian Crisis and America's Counterproductive Quest for Middle Eastern Hegemony. <http://goingtotohran.com/the-syrian-crisis-and-americas-counterproductive-quest-for-middle-eastern-hegemony/>.

8. Teheran hat den größten Teil des letzten Jahrzehnts fruchtlos versucht, die USA zu einer Verhandlung zu zwingen. In letzter Instanz war die Kriegslüsterheit der Ahmadinedschad-Regierung nicht ausreichend, um Washington oder regionale Feinde wie Saudi-Arabien an den Verhandlungstisch zu holen. Da die USA heute Hilfe braucht, um eine weitere Katastrophe im Mittleren Osten zu verhindern, hat Iran eine seltene Möglichkeit, einen „Neuanfang“ mit Washington zu starten, unter einer scheinbar versöhnlicheren Regierung unter Führung von Hassan Rohani.

Mexiko: LehrerInnen als Avantgarde

von **Chucho Kahl** (RIO, Berlin)

LehrerInnen in Mexiko kämpfen gegen eine Bildungsreform und eine Energiereform.

Seit Monaten erlebt Mexiko eine Welle von Protesten, Demonstrationen, Besetzungen und Streiks von Tausenden von LehrerInnen. Es geht um die sogenannte Bildungsreform, die die derzeitige Regierung von Enrique Peña Nieto (EPN) in Absprache mit den großen Parteien PRI, PAN und PRD im Dezember letzten Jahres eingeführt hat. Trotz der anhaltenden Repression durch die Regierung, die die kämpfenden LehrerInnen geschlagen, eingesperrt und ermordet hat, und inmitten einer aggressiven Kriminalisierungskampagne durch die Massenmedien, haben die LehrerInnen beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Dazu kam eine massive Bewegung der Solidarität von SchülerInnen, Studierenden, Eltern und sozialen Organisationen, die Streiks und andere Aktionen in Solidarität mit den LehrerInnen organisierten.

In Mexiko, im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern, war die imperialistische „Therapie“ einer Militärdiktatur nicht notwendig. In Mexiko wurde eine „perfekte Diktatur“ im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie aufgebaut, mit einer Partei – der PRI –, die 71 Jahre an der Spitze des Staates war. Insbesondere die USA konnten auf eine unterwürfige Bourgeoisie zählen, um ihre Interessen durchzusetzen. Das mexikanische Regime hat sich auf der Grundlage staatlicher Repression erhalten und hat es geschafft, die Organisationen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnenbewegungen zu steuern.

Am 1. Dezember 2012 kehrte die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) nach zwei Wahlperioden in der Opposition an die Regierung zurück. Für diese Operation waren Millionen von Dollar für eine Kampagne erforderlich, bei der die großen Kommunikationsmonopole den Sieg garantierten. Die PRI konnte dennoch schnell ihre Legitimität auf der Grundlage eines Abkommens mit den beiden anderen Parteien ausbauen, das sich „Pakt für Mexiko“ nennt.

Im ersten Jahr der Regierung von EPN begann die sogenannte „Bildungsreform“, welche die Privatisierung der Bildung in Mexiko vorantreibt, und die „Energiereform“, mit der die Ölförderung privatisiert werden soll. Der staatliche Ölkonzern PEMEX wurde unter der Regierung von Lazaro Cárdenas im Jahr 1938 verstaatlicht, was eine Errungenschaft der Mas-

sen gegen den imperialistischen Einfluss bedeutete.

Es gibt eine beträchtliche Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Alter von 5 bis 17 Jahren – fast drei Millionen Menschen –, die nicht zur Schule gehen. Zusätzlich müssen wir den beklagenswerten Zustand der Schulen in Betracht ziehen. EinE LehrerIn in Mexiko bekommt im Vergleich zu anderen qualifizierten ArbeiterInnen einen der niedrigsten Löhne (durchschnittlich 8.000 Pesos monatlich, 450 Euro).

Die Bildungsreform, die von mexikanischen Unternehmen konzipiert wurde, definiert die LehrerInnen als Ursache der Probleme. Gleichzeitig sollen Gebühren für die Eltern eingeführt werden. Diese Reform verschweigt das Ausmaß der Korruption in jedem Bundesstaat, wodurch die zugewiesenen Ressourcen nie die Schulen erreichen. Außerdem ignoriert sie die Ausgaben für die Aufrechterhaltung der großen Gewerkschaftsbürokratie, um die LehrerInnen unter Kontrolle zu halten. Angesichts dieser Situation mussten die LehrerInnen, die in der „Nationalen Koordinierung der BildungsarbeiterInnen“ (CNTE) organisiert sind, auf die Straße gehen, um diese Reform zu stürzen.

In den letzten Tagen und Wochen hat der Kampf der LehrerInnen zehn Bundesstaaten erreicht und könnte sich auf zwölf weitere ausdehnen. Es gibt ein permanentes Besetzungscamp in Mexiko-Stadt mit Zehntausenden LehrerInnen aus verschiedenen Teilen des Landes. Hinzu kommt eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der aktuellen PRI-Regierung, die zusätzlich zum Versuch, antisoziale Reformen durchzusetzen, die LehrerInnen brutal unterdrückt und kriminalisiert.

Dies hat eine breite gesellschaftliche Reaktion erzeugt, in der sich SchülerInnen, Studierende (wie seit 1999-2000 nicht mehr), Eltern und soziale Organisationen dem Kampf anschließen. Selbst reformistische Sektoren, die die Zusammenführung von Kämpfen vermieden haben, weil sie die CNTE für zu radikal halten, mussten sich gegen die Repression aussprechen, die die Regierung gegen die LehrerInnen veranlasste. Der bedeutendste Fall war die Besetzung des zentralen Platzes von Mexiko-Stadt, des Zócalo, der am 13. September brutal geräumt wurde, wo neben vielen verletzten LehrerInnen und Jugendlichen auch dreißig Menschen verhaftet wurden.

Die linksreformistischen Politiker Andres

Manuel Lopez Obrador (AMLO) und Cuauhtémoc Cárdenas wollen den Kampf gegen die Privatisierung von PEMEX anführen. Doch wollen diese wichtigen Persönlichkeiten des mexikanischen Reformismus nicht wirklich die Kämpfe vereinen. Jeder fürchtet den kämpferischen Geist der LehrerInnen, denn dessen Verbreitung könnte auch andere Sektoren dazu bringen, auf die Straße zu gehen und kein Vertrauen mehr in Institutionen wie das Parlament zu setzen. Nur ein entschlossener Kampf auf den Straßen und ein Generalstreik kann die Reformen von EPN und dem „Pakt für Mexiko“ zu Fall bringen.

Der Kampf der LehrerInnen kann erfolgreich sein – dafür ist es unabdingbar, allein auf die eigene Kraft und das Bündnis mit der Gesamtheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu vertrauen. Dazu muss jede Verhandlung einer politisch unabhängigen Strategie untergeordnet werden, die auf der Kraft der Einheitsfront und des Streiks basiert, auf der Mobilisierung in den Straßen und dem Aufruf zur Vorbereitung und Durchführung eines landesweiten Generalstreiks gemeinsam mit anderen Sektoren der arbeitenden Massen. In Verbindung damit ist es notwendig, einen vereinten Kampf aufrechtzuerhalten, wodurch die Manöver der Regierung zurückgewiesen werden können, die versucht, die verschiedenen Sektoren getrennt zu Verhandlungen zu bringen, um die Bewegung zu spalten und zu schwächen.

Gleichzeitig müssen die ArbeiterInnen angesichts des Ausmaßes der Offensive des „Paktes für Mexiko“ ihre Kräfte auf der Straße vereinen. Als Avantgarde-Sektor im Kampf gegen die Regierung und das Regime hat die LehrerInnenbewegung die politische Autorität, um von den Gewerkschaftsführungen, die sich oppositionell nennen (z.B. UNT), aktive Solidarität zu fordern und einen landesweiten Streik zu organisieren, nicht nur gegen die Bildungs- und die Arbeitsmarktreformen, sondern auch gegen die Privatisierung von PEMEX. Mit dieser Perspektive kämpfen unsere GenossInnen von der Liga der ArbeiterInnen für den Sozialismus (LTS) innerhalb der CNTE und an den Universitäten, und verwirklichen das Bündnis der SchülerInnen und Studierenden mit den LehrerInnen und den anderen ausgebeuteten Sektoren.

18.10.2013 – längere Version auf:
www.klassegegenklasse.org

KLASSE GEGEN KLASSE

... ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft“. Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen“ SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 7. Das Gespenst der deutschen Macht
Schwerpunkt: Bewegung für eine Internationale der Sozialistischen Revolution
32 Seiten – 2 €



Nr. 6. Streiks in der Krise – Streik bei Neupack in Hamburg
Schwerpunkt: 1968 – Coming Out des deutschen Trotzismus
40 Seiten – 2,50 €



Nr. 5. Jahr Fünf der Krise – wie sieht eine revolutionäre Alternative aus?
Schwerpunkt: Für einen europäischen Generalstreik!
32 Seiten – 2 €



WAFFENDERKRITIK
marxistische Hochschulgruppe von RIO und unabhängigen Studierenden
waffenderkritik.wordpress.com



Red Brain
linke SchülerInnengruppe in Berlin mit einer eigenen Zeitung
redbrain.blogspot.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! („Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!“ – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



Estrategia Internacional
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!



Streik gegen Prekariisierung
Das „Schwarzbuch CFM-Streik“ – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen!
Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt. Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; fu@klassegegenklasse.org; potsdam@klassegegenklasse.org;
muenchen@klassegegenklasse.org; saarbruecken@klassegegenklasse.org

www.klassegegenklasse.org

→ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation



KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 8 – November-Dezember 2013
2 Euro / 4 CHF – Solipreis: 4 Euro / 8 CHF

Kämpfe im Einzelhandel

Mit Solidarität und einer Strategie
von unten den Streik gewinnen!

Kämpfe an der Schule

LehrerInnen und SchülerInnen
müssen gemeinsam streiken!

Kämpfe an der Uni

Was für eine Bewegung der
Studierenden brauchen wir?

1.200.000 Stimmen

Die Front der Linken und ArbeiterInnen erringt
mehr als fünf Prozent der Stimmen und drei Sitze
im argentinischen Parlament, um den Kampf auf der
Straße zu stärken. Daraus muss die internationale Linke
Schlussfolgerungen ziehen.



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

